Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 227 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Montag, den 27. September 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Vertrauensvotum in der französischen Kammer.

Paris, 25. Sept. In der Kammer wurde die von der Regierung gut geheißene Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde, nach längerer Debatte mit 507 gegen 80 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Leygues verlas darauf das Dekret, durch das die außerordentliche Tagung geschlossen wird.

Paris, 25. Sept. In der Kammer wurde nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten Millerand die Regierungserklärung durch den Präsidenten Leygues verlesen. Der Präsident der Kammer teilte darauf mit, daß zwei Interpellationen eingereicht worden sind, die eine über die allgemeine innere Politik der Regierung und besonders über die Politik den Arbeiterorganisationen gegenüber, und die zweite über die allgemeine auswärtige Politik. Ministerpräsident Leygues erklärte, er stünde der Kammer zur Besprechung zur Verfügung.

Paris, 26. Sept. Havas. Auch im Senat ist gestern die Regierungserklärung mit Beifall aufgenommen worden. Die Tagung wurde darauf geschlossen. Wahrscheinlich wird das Parlament kurz vor den auf den 11. November festgesetzten Feierlichkeiten zur 50jährigen Feier der Republik und des Jahrestages des Waffenstillstandsbeschlusses einberufen werden.

*

Die beiden neuen Männer in Frankreich, der Präsident der Republik Millerand, und der Ministerpräsident Leygues haben jeder eine Erklärung über die zukünftige Politik Frankreichs an die Kammer gerichtet. Sie sind sehr lang und darin enthalten sind viele große Worte und schöne Phrasen. Für Deutschland sind besonders zwei Abschnitte bemerkenswert in beiden Reden. Zunächst das Versprechen der strikten Durchführung des Versailler Vertrages. — Welches Ministerium könnte in der Sache auch anders handeln? Das französische Volk in seiner Mehrheit erwartet ja von der Durchführung des Versailler Friedens die restlose Aufhebung all der schrecklichen Folgen des Krieges. Welche Regierung könnte es wagen, diese Hoffnungen von vornherein zu enttäuschen durch eine pessimistische Betrachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands? Aber das andere Bemerkenswerte in diesen Erklärungen ist das restlose Bekenntnis zum Militarismus. So sagt Leygues in seiner Erklärung:

„Wir wollen eine Armee und eine Marine bilden, die ein Faktor unserer Politik sind, und wir wollen unser Prestige auf der Höhe halten, auf die es der Sieg gebracht hat.

Und Millerand lobt in seiner Botschaft die Armee und die Marine ebenfalls über das Bohnenstroh. Aus diesem Grunde haben wir alle Ursache, den schönen Reden über Freiheit und Gerechtigkeit das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Wer solche schönen Dinge wirklich der Welt bringen will braucht keine Soldaten.

Von der Brüsseler Finanzkonferenz.

WTB. **Brüssel, 25. Sept. Die Finanzkommission hat die vom Organisationsausschuß aufgestellte Geschäftsordnung angenommen, ohne daß sich Widerspruch erhob. Es wurde beschlossen, daß die Delegierten nur einmal zu jedem Gegenstand das Wort haben können, daß das Französische die amtliche Sprache der Konferenz sei und daß jede Rede ins Englische übersetzt werden soll. Jeder Delegierte hat eine Stimme. Die Entschließungen werden in namentlicher Abstimmung hergestellt. Um als amtliche Ratschläge der Konferenz zu gelten, müssen die Entschließungen einstimmig angenommen werden, andernfalls wird der dem Völkerbundsrat erstattete Bericht nur die Feststellung der auseinandergehenden Meinung in der Konferenz bedeuten. Die Konferenz trat sodann in die Tagesordnung ein. Die vertretenen Nationen werden ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage darlegen, zunächst Dänemark.**

WTB. **Paris, 25. Sept. Die „Agence Havas" meldet aus Brüssel von der internationalen Finanzkonferenz u. a.: Die Delegierten sitzen nach dem Alphabet geordnet, die Deutschen haben die Sitze 17, 19 und 21. Für Amerika ist der Abgeordnete in der Reparationskommission, Boyen, jedoch nur als Zuhörer anwesend. Der Vorsitzende, Ador, sagte in seiner Eröffnungsansprache noch, die Konferenz müßte ihren Charakter als Versammlung von Sachverständigen wahren. Die französischen Kreise auf der Konferenz sind von dem ersten Tage befriedigt.**

Paris, 25. Sept. Havas meldet aus Brüssel: Die Finanzkonferenz ist sich darüber klar geworden, daß die ununterbrochene Verlesung der Finanzexposés aller vertretenen Länder mehrere Tage hindurch die Besprechung der großen auf ihrer Tagesordnung stehenden Fragen verhindern wird. Havas glaubt zu wissen, daß die Verlesung dieser Exposés heute abend unterbrochen werden wird, damit von Montag vormittag an die Konferenz an das Problem der Organisation der öffentlichen Finanzen gehen kann. Der englische Delegierte Brand soll die Besprechung mit einer Rede einleiten.

Paris, 25. Sept. Wie Havas aus Brüssel meldet, haben die deutsche und die französische Delegation auf der Brüsseler Konferenz Gelegenheit gehabt, sich bei der Eröffnung der Konferenz zu treffen, und ihre Mitglieder haben sich über das Programm der Konferenz und über den Geist, in dem die Besprechung des Programms zweckmäßig sein wird, unterhalten. Im Laufe dieser offiziösen Unterhaltung ist es klar geworden, daß die deutschen Delegierten an diese Besprechung nicht mit einem Geiste gehen, der von dem der anderen Delegationen verschieden ist. Sie betrachten die Brüsseler Konferenz als eine Versammlung von Sachverständigen, die dazu berufen sind, über ein begrenztes Programm zu beraten, und sie scheinen von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, in loyaler Weise mit den anderen Mitgliedern mitzuarbeiten, ohne daß sie versuchen wollen, in irgendeiner Weise unerwünschte Fragen aufzuwerfen.

Der Krieg im Osten.

Waffenstillstand gekündigt.

Warschau, 25. Sept. (TU.) Die polnische Regierung hat an den Rat des Völkerbundes eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß sie den Waffenstillstand mit Litauen gekündigt habe, weil Litauen die polnischen mit der Entscheidung des Völkerbundes übereinstimmenden Vorschläge abgelehnt habe. Ueberdies bilde die Tatsache, daß Litauen erlaube, daß aus Ostpreußen entflohene dort internierte Bolschewisten sowie 2000 deutsche Spartakisten (!) durch Litauen ziehen, um sich den Roten Heeren anzuschließen, einen Beweis dafür, daß Litauen mit den Bolschewisten zusammenarbeitet. Polen macht Litauen für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich und behält sich die gleichzeitigen militärischen Maßnahmen vor.

Polnische Hinterlist.

Kowno, 25. Sept. Die Litauische Telegraphen-Agentur teilt mit: Ungeachtet der Entscheidung des Völkerbundes in dem litauisch-polnischen Konflikt, die sowohl von Polen wie von Litauen durch ihre nach Paris entsandten Vertreter angenommen wurde, hat die polnische Heeresleitung den Befehl zum allgemeinen Angriff auf die litauische Front gegeben, worauf starke polnische Truppenmassen von neuem ins litauische Gebiet in einer Tiefe von zirka 50 Kilometer eingebrochen sind. Die litauischen Truppen haben sich gemäß den erhaltenen Weisungen in der letzten Zeit durchaus defensiv verhalten. Die auffallend häufige Erklärung angeblicher litauischer Feuer-Ueberfälle in den Berichten des polnischen Generalstabes sollte offenbar dazu dienen, die geplanten militärischen Operationen zu rechtfertigen. Der neue Angriff läßt deutlich erkennen, daß die polnische Heeresleitung von weitgesteckten strategischen Zielen geleitet, den Ueberfall von langer Hand vorbereitet hat und auf die Versöhnungsformel des Völkerbundes nur zum Schein eingegangen ist. Polen hat dadurch, daß es die von dem Forum des Völkerbundes getroffene Vereinbarung gebrochen hat, auch die Autorität des Völkerbundes in schnöder Weise geschädigt.

Das vielgenannte Königsschießen in München.

München, 26. Sept. Gelegentlich des gestern eröffneten Landesfestschießens der bayerischen Einwohnerwehren fand heute vormittag ein Festakt auf dem Königsplatz statt. In einer Einleitungsrede wies Ministerpräsident von Kahr darauf hin, daß die in Bayern schwerster Not gebildete Einwohnerwehr getragen sei von der hohen heiligen Pflicht, daß jeder Wehrmann seine ganze Person und das Leben einsetze für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Der Landeshauptmann der Einwohnerwehren Bayerns, Escherich, hob hervor, daß die Wehren ihre Ziele auf gradem Wege ohne nach rechts oder nach links nachzugeben, weiter verfolgen würden zum besten des bayerischen und des deutschen Vaterlandes. Was sie erreicht hätten, das zeige sich schon darin, daß in Bayern der Umsturz nicht mehr gewagt habe, das Haupt zu erheben.

Auflösung des griechischen Parlaments.

Paris, 26. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Athen ist die Deputiertenkammer aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind auf den 7. November angesetzt und die neue Kammer tritt am 13. November zusammen.

Die Brüsseler Konferenz.

Die vom Völkerbund veranstaltete internationale Finanzkonferenz hat in Brüssel ihre Tagung begonnen. Eine deutsche Delegation nimmt mit Gleichberechtigung an ihr teil. Zugleich kommt die Nachricht, daß der Völkerbund zum 15. Oktober eine Tagung seines Ausschusses für Verkehrs- und Transitfragen einberufen hat, zu der Deutschland gleichfalls eingeladen ist. Bekanntlich hat Deutschland auch schon zu der internationalen Arbeiterschutzkonferenz gleichberechtigten Zutritt gehabt. Der Zustand ist also einstweilen der, daß der Völkerbund als erweiterte Entente für sich allein tagt, wie z. B. im Fall Eupen-Malmedy, wenn es gegen Deutschland geht, daß aber Deutschland als gleichberechtigter Teilnehmer mit herangezogen wird, wo es sich um gemeinsame Angelegenheiten der Völker handelt und die durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen Interessengegensätze nicht allzu scharf in den Vordergrund treten.

Dieser Zustand ist für Deutschland nicht sehr erhebend und nicht sehr vorteilhaft, da es nicht dabei sein darf, wo die Sieger unter sich zu sein wünschen und da es auch sonst kein statutarisches Recht zur Teilnahme an den Konferenzen hat, sondern warten muß, ob es eingeladen wird. Trotzdem ist die Annahme der Einladungen, sofern auf den Konferenzen die Formen der Gleichberechtigung bewahrt bleiben, richtig. Denn durch die sachliche Mitarbeit Deutschlands auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, des Finanzwesens, des Verkehrswesens und anderen, die sich alsbald anschließen werden, kommt die innere Logik der Tatsache zur Geltung, daß eine internationale Völkerorganisation ohne Deutschland nur ganz unbrauchbares Stückwerk bleiben kann.

Die internationale Konferenz in Brüssel hat sich mit den allerschwierigsten wirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen, die durch den Weltkrieg entstanden sind und von denen Deutschland ganz besonders scharf gedrückt wird. Das alte Weltwährungssystem ist heute nur noch ein Trümmerhaufen. Vor dem Krieg beruhte das Geldwesen aller großen Länder auf dem Prinzip der Golddeckung, d. h. Scheidemünzen und -scheine konnten alle Zeit in Goldmünzen von bestimmtem Gewicht umgewechselt werden, und es war gesetzliche Sicherheit dafür geschaffen, daß immer für einen bestimmten Prozentsatz des Umlaufgeldes Goldvorräte vorhanden waren in solcher Menge, daß den voraussichtlichen Ansprüchen auf Umwechselung in Gold immer Rechnung getragen werden konnte. Da das Publikum das Vertrauen hatte, daß die Umwechselung stets möglich sei und ein Stück Papier in der Tasche genau so gut sei wie ein entsprechendes Stück Gold, konnten erheblich mehr Scheine in Umlauf gebracht werden, als Gold vorhanden war, und die Wirtschaft fand damit ihr Auskommen.

Der Krieg hat nun von den Staaten solche Ausgaben gefordert, daß das Prinzip der prozentualen Golddeckung verlassen werden mußte, und dadurch änderte das Geld vollständig seinen Charakter. Heute ist ein Geldschein nur noch ein mit der Autorität des Staates ausgestattetes Umlaufmittel, und es hat nur deshalb überhaupt noch Wert, weil die Wirtschaft ohne ein allgemein anerkanntes Tauschmittel nicht auskommen kann, ein anderes allgemeines Tauschmittel als das staatliche, des Geldes vom Staate, nicht erlaubt wird. Der Staat kann aber diesem von ihm herausgegebenen Tauschmittel nur auf seinem eigenen Hoheitsgebiet unbedingte Geltung verschaffen. Sobald das Geld im internationalen Verkehr die Grenze überschreitet, wird es eine gewöhnliche Ware, deren Preis sich nach den Marktverhältnissen bestimmt. Früher war z. B. ein Zwanzigmarkschein ein Ding, von dem man in New York und Tokio wußte, daß die Reichsbank ein Goldstück dafür gibt. Heute ist ein Zwanzigmarkschein nur ein Ding, von dem man weiß, daß man dafür in Deutschland eine bestimmte Menge Kohle, Eisen, Mehl usw. erhalten kann. Aber während die Goldmenge, die man für den Zwanzigmarkschein erhielt, immer die gleiche blieb, ist die Kohlen-, Eisen- oder Mehlmenge, die dafür in Deutschland zu bekommen ist, fortwährenden Veränderungen unterworfen. Daher kommt es, daß das deutsche Geld, wie übrigens das Geld anderer Länder auch, zu einem Spekulationsobjekt geworden ist, dessen Preislinie sich in stürmischem Zickzack bewegt, daß also das Wertverhältnis der verschiedenen nationalen Geldsysteme zueinander fortwährend schwankt.

Dabei bleibt das Geld der Staaten, deren Kredit am schwersten erschüttert ist und in denen durch unaufhörliche Arbeit der Notenpresse die Inflation, die krankhafte Geldaufblähung, am stärksten wächst, in der internationalen Bewertung am wettesten zurückbleibt.

Die Brüsseler Konferenz soll nun versuchen, in die internationale Geldwirtschaft wieder mehr Stabilität zu bringen. Ob ihr das gelingen wird, steht dahin, sie muß aber zu diesem Zweck alle Probleme der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit in den Bereich ihrer Beratungen ziehen, so die Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Staatshaushalten, die Beschränkung der Staatsausgaben und die Erhöhung der Staatseinnahmen, den Wiederaufbau und die Unterstützungen für Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen, die Wiederbefestigung der staatlichen Kreditsysteme, die Regelung des internationalen Handels. Erschwert werden die ohnehin genug schwierigen Verhandlungen durch das große X aller internationalen Rechnungen, den noch nicht feststehenden Betrag, den die besiegten Staaten an die Siegerstaaten abführen sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0001

Man hat gemeint, die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz hätten erleichtert werden können, wenn zuvor in Genf, wie beabsichtigt war, die Summe der Kriegsentschädigungen festgesetzt worden wäre. Das wäre jedoch nur richtig gewesen für den Fall, daß in Genf ein Betrag festgesetzt worden wäre, der bezahlt werden kann und bezahlt werden wird, nicht aber ein Betrag, der zwar nach den Wünschen der Sieger bezahlt werden soll, aber tatsächlich nicht bezahlt werden wird, weil er eben nicht bezahlt werden kann. Mit einer imaginären, nur auf dem Papier stehenden, sich auf 30 Jahre verteilenden Summe hätte auch die Brüsseler Finanzkonferenz nichts rechtes anfangen können, denn sie muß mit wirtschaftlichen Wirklichkeiten rechnen, nicht mit Einbildungen und Hoffnungen. Von der Genfer Konferenz war eine den wirtschaftlichen Wirklichkeiten entsprechende Lösung der Entschädigungsfrage kaum zu erwarten, und darum hätten die Ergebnisse von Genf zur Förderung der Brüsseler Beratungen auch nicht viel beitragen können.

Man darf von dem internationalen Parlament der ersten Finanzfachleute der Welt, das jetzt in Brüssel versammelt ist, auch nicht erwarten, daß es den Stein der Weisen finden wird. Die Folgen der Tatsache, daß der Krieg die Weltproduktion von vier Jahren verzehrt und die Produktivkräfte selbst bis ins Mark getroffen hat, können auch durch die klügsten Beschlüsse nicht sofort beseitigt werden, der Ausgleich kann nur allmählich wieder eintreten. Aber auch das ist nur möglich, wenn der Krieg nicht im Frieden fortgesetzt wird und wenn das Bewußtsein der internationalen Wirtschaftssolidarität die Handlungen aller Staaten — auch bei der Durchführung des Friedensvertrages — entscheidend beeinflußt. Auf diesem Wege ist Brüssel vielleicht ein Schritt.

Wie man sich gegenseitig überzeugt.

Auf welches Niveau der Kampf um den Anschluß an Moskau in der U. S. P. schon gesunken ist, zeigt folgende Veröffentlichung der „Freiheit“, die sie mit der schönen Bezeichnung **Giftspritzer** überschreibt:

„Genosse Richard Krille schreibt uns: Die nachfolgenden Ausführungen eines Anhängers der Aufnahmebedingungen unterbreite ich hiermit den Parteigenossen:

In einer am Mittwoch abend in Niederschöneweide stattgefundenen Versammlung, in der ich als Referent gegen die Bedingungen und Genosse Lachmann für die Annahme derselben sprach, behandelte der Korreferent u. a. Punkt 7, worin der Ausschluß bestimmter Personen verlangt wird. Genosse Lachmann führte dabei aus, daß sich „ein Teil der Führer, vor allem Genosse Hilferding, deswegen gegen die Bedingungen aussprächen, weil sie „Angst“ hätten, arbeitslos zu werden, und dann könnten sie in die Lage kommen, wie so viele von uns, den Arbeitsnachweis zu besuchen und abstempeln zu gehen“. Um die Wirkung dieser Worte zu erhöhen, begleitete er diese Sätze mit einem höhnischen Lächeln. Ich betone gern, daß die Versammlung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht den erwarteten Beifall zollte. Auch sonst bemühte sich Genosse Lachmann krampfhaft, den Nachweis zu erbringen, daß er „reif“ für den Anschluß an Moskau ist. Ich bin nicht feinfühlig und habe als Referent in den letzten Wochen allerlei erlebt, jedoch eine derartige gemeine, perfide Erbärmlichkeit gerade von dieser Seite verdient es, dem Urteil der noch anständig denkenden Parteigenossen beider Richtungen preisgegeben zu werden.“

Doch damit noch nicht genug. Ein Stück weiter findet sich eine Polemik gegen die Kommunisten, der sie, die „Freiheit“, das erhebende Wort **Pack** voraussetzt und die folgendermaßen lautet:

„Heute erscheint in unserem Blatt ein Inserat, in dem der Bezirk Groß-Berlin der K. P. D. zur „Protestversammlung“ gegen die Verleumdung der „Freiheit“ aufruft.

Die Freunde der „Roten Fahne“, die monatelang geistig ausschließlich von der Verleumdung der in der U. S. P. an erster Stelle stehenden Genossen lebte, die, allen Widerlegungen zum Trotz, ihre Verdrehungen und Entstellungen täglich wiederholte — die Gefolgschaft dieses Blattes glaubt, ihre Position in der Arbeiterschaft jetzt verbessern zu können, indem sie den gehässigen Streit, der bisher nur die Spalten ihrer Presse füllte, zum Gegenstand öffentlicher Versammlung macht. „Der Kampf um die kommunistische Internationale ist der Kampf um die Fortführung der deutschen Revolution“, heißt es in dem Inserat. Dieser Satz klingt wie Hohn auf die eigene Tätigkeit der Walcher und Genossen, wenn man weiß, daß die niedrige persönliche Hetze und die hirnlose Politik dieses Kreises die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft gegeneinander aufbringt, die Arbeiterklasse spaltet und zahlreichen alten Mitkämpfern das Verbleiben in der Bewegung verekelt. Diese Zerstörer der Bewegung des revolutionären sozialistischen Proletariats arbeiten blindlings der Konterrevolution in die Hände. Und sie haben die Stirn, Dittmann und Crispien „antibolschewistische Hetze“ vorzuwerfen, weil sie die Wahrheit auszusprechen wagen und das deutsche Proletariat vor der verderbenbringenden Politik der Kommunisten warnen.“

Preußenwahlen und Landwirtschaftskammerwahlen.

„Dem veränderten Mehrheitswillen des preußischen Volkes ist durch schleunige Festsetzung von Landtagswahlen in Preußen Rechnung zu tragen“ so lautet wörtlich die Forderung, die der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei in seiner Entschließung vom 21. September erhob. Die rechtsstehende Presse tutet in dasselbe Horn. Angesichts dieses regen Eifers ist es einigermaßen verwunderlich, daß die Deutschnationalen nicht auch auf schleunige Neuwahlen zu den Landwirtschaftskammern dringen; denn kein objektiv Denkender kann im Ernste behaupten wollen, daß diese nach einem vollkommen veralteten und einseitig zugunsten des Großgrundbesitzes zugeschnittenen Wahlverfahrens gewählten Mitglieder ein getreues Spiegelbild der von den Landwirtschaftskammern vertretenen Berufsgruppen geben. Davon hört man indes nichts. Im Gegenteil, die rechtsstehende Presse sucht die Macht der alten Kammervertretung zu erhalten und ihr Dasein mit allen Kräften künstlich zu verlängern. Erst in diesen Tagen, als der Entwurf zu einem neuen preußischen Landwirtschaftskammergesetz, das die Möglichkeit für eine berufsständige Vertretung der Landwirtschaft im wahren Sinne des Wortes geben will, der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung zuging, mußte der den Deutschnationalen verhaßte preußische Landwirtschaftsminister eine wahre Flut von Schmähungen und niedrigen Verdächtigungen seitens der rechtsstehenden Presse über sich ergehen lassen. Dieser Angriff ist wieder einmal ein glänzender Beweis für die durch und durch „objektive Denkart“ der Deutschnationalen.

Bestätigung der bayrischen Monarchistenumtriebe?

Der Londoner „Daily Herald“ veröffentlicht folgendes Telegramm seines Berliner Korrespondenten:

In sozialistischen Kreisen mißt man der Nachricht große Bedeutung bei, daß ein royalistischer Putsch sowohl in Bayern wie auch in Ostpreußen bevorsteht. Es ist wiederholt im „Daily Herald“ darauf hingewiesen worden, daß in München ein großes Schützenfest der Einwohnerwehren abgehalten werden soll. Man fürchtet, daß diese Gelegenheit dazu benützt werden soll, um einen Staatsstreich vorzubereiten.

Man könnte geneigt sein, diesem Gerücht gegenüber skeptisch zu sein wenn nicht die Tatsache nachgewiesen wäre, daß die französische Regierung die Vorgänge in Bayern und in den anderen süddeutschen Staaten mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Paris fährt fort, Bayern als einen Sonderstaat zu betrachten und unterhält einen regulären Gesandten in München. Frankreich betrachtet Bayern bereits als offiziell von den militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages befreit, denn es hat endgültig das Fortbestehen der weißgardistischen Organisationen gestattet, die ihre Aufgabe darin sehen, einen reaktionären Ring rings um die Industriezentren Preußens und Norddeutschlands zu schaffen. Ferner ist aus besonders informierter Quelle festzustellen, daß die französische Regierung den bayerischen weißen Garden finanzielle Unterstützung gewährt hat und damit Hindenburg und Ludendorff mittelbar in ihre Dienste gebracht hat.

Gegenwärtig fürchtet die bayrische Reaktion offen mit Preußen zu brechen, weil Bayern augenblicklich für den kommenden Winter noch in Abhängigkeit von den Ruhrkohlenlieferungen ist. Der Plan für einen Staatsstreich in Bayern muß deshalb in engem Zusammenhang mit den französischen Absichten auf das Ruhrgebiet gebracht werden. Die preußische Regierung hat den französischen und bayerischen Reaktionären in den letzten Wochen in die Hände gearbeitet, dadurch, da sie versäumt hat, der bayrischen Industrie die für ihre Arbeit nötigen Kohlen zu senden.

Soweit „Daily Herald“. Die preußische Regierung hat aber mit den Kohlenlieferungen für Bayern nichts zu tun und wenn Bayern schlecht versorgt ist, so ist das eine Folge des Kohlenabkommens von Spa. Nicht die preußische, sondern die französische Regierung fördert Deutschlands Zertrümmerung, indem sie die Kohle aus dem Lande zieht und um den verbleibenden Rest einen Kampf aller gegen alle entfacht.

Die Behauptung des englischen Blattes, daß Frankreich den Kampf der bayerischen Einwohnerwehren gegen die von ihm selbst offiziell geforderte Entwaffnung heimlich mit Geld unterstützt, ist ungeheuerlich.

Was tun die französischen Sozialisten?

Kampfansage an die bayrische Reaktion.

WTB. Nürnberg, 25. Sept. Am Freitag abend fand hier eine große Versammlung der sozialdemokratischen Parteien statt. Vertreter aus allen Bezirken Nordbayerns nahmen das Wort und erklärten sich im Sinne des Referenten, Landtagsabg. Segitz, der über das Thema „Soll Bayern Republik oder Monarchie sein?“ sprach. Am Schluß der Versammlung fand einstimmig eine Entschließung Annahme, im Falle einer Ausrufung der Monarchie in Bayern sofort in den Generalstreik einzutreten. Die Vertreter der Eisenbahnorganisation erklärten sich solidarisch bei der Verwirklichung von reaktionären Plänen. Es solle sich kein Wagen und keine Lokomotive in Bayern von der Stelle bewegen. Von den Bergarbeitern des Ruhrreviers lag eine Erklärung vor, daß sie sich weigern würden, für eine Monarchie in Bayern Kohle zu fördern.

Ungarische Verseuchung Oesterreichs.

Wien, 24. Sept. Da die ersten Enthüllungen der „Arbeiterzeitung“ über die Besoldung antisemitischer Hetzblätter und monarchistischer Inserate in Deutschösterreich durch die ungarische Regierung von der Horthy-Gesandtschaft bestritten worden waren, hat die „Arbeiterzeitung“ Photographien der Dokumente veröffentlicht. Heute druckt sie den Brief einer christlichsozialen Zeitungskorrespondenz an die Presseabteilung der ungarischen Gesandtschaft in Wien ab; der Brief bittet um Erhöhung der bisher gewährten monatlichen Beihilfe von 250 auf 500 Kronen mit der Begründung, daß die Korrespondenz Artikel und Notizen in der ganzen bürgerlichen Provinzpresse verbreitet, die Ungarn nützen und die Leser für die Wiederherstellung der Monarchie zu gewinnen suchen. In einem weiter von der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Schreiben macht das Ministerium in Budapest die Gesandtschaft in Wien darauf aufmerksam, daß das antisemitische Schmutzblättchen „Volkssturm“ und das schwarzgelbe Offiziersorgan „Staatswehr“ mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie ein österreichischer Oberst in Budapest berichtet habe. Es sei ein wichtiges Interesse, den heutigen ungarischen Kurs durch materielle Hilfe für diese Blätter zu unterstützen, jedoch solle das nicht durch direkte Geldbeträge, sondern durch Abonnements geschehen.

In dem ungarischen Militärlager von Zala-Egyerszeg ist aus übergelaufenen und verlockten österreichischen Offizieren und Soldaten eine deutschösterreichische Legion errichtet, die zu gegebener Zeit Deutschösterreich von der Republik befreien und die Monarchie nach dem System Horthy wieder aufrichten soll. Offenbar zur Einübung der erforderlichen Methoden befindet sich in der Nachbarschaft ein politisches Interniertenlager ... An der deutschösterreichischen Grenze hat Horthy eine ganze Armee zu Manövern zusammengezogen. Sein General Lang reist nach Paris, um die Ausrüstung und Bewaffnung für die ungarische Armee auszusuchen. Diese dürfte gegen 100 000 Mann stark sein, während das Friedensdiktat Ungarn nur 40 000 Mann zuspricht, und Deutschösterreich auf seine 30 000 Mann nicht nur beschränkt, sondern außerdem noch der schärfsten Kontrolle unterworfen wird.

Aber ein französisch-ungarischer Geheimvertrag besteht natürlich nicht!

Die ungarische Korruption reicht bis nach Berlin.

Wien, 25. Sept. Um die Echtheit der von der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Dokumente darzutun, veröffentlicht sie am Sonnabend morgen einen Brief des Pressechefs der ungarischen Gesandtschaft in Wien, Reich, der an die „Arbeiterzeitung“ selbst gekommen ist und in dem der Pressechef um Veröffentlichung einer Berichtigung ersucht. Die Unterschrift in diesem Brief ist ganz genau dieselbe wie auf den verschiedenen Dokumenten, und auch der charakteristische Fehler in den Dokumenten, die mit der Schreibmaschine geschrieben sind, findet sich auch in diesem Brief wieder.

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nun kam er in die Stube. Ein Kindlein lag im Rohrwagen. Das kleine Gesicht dem Fenster zugewendet. Es schlief und lächelte. Eine neben ihm gebettete Puppe streckte beide Füße gen Himmel. Butu betrachtete die Szene mit grinsendem Staunen. Dann wogte wieder in seiner Brust ein kurzer Kampf. Er war bei Feinden — Todfeinden, wie man ihm gesagt hatte. Sollte er nicht ihrer ausrotten, soviel ihm unter die Fäuste kamen? Schon wendete er das Messer wieder zwischen den Fingern. Da glitt von neuem der Zweifel in seine Absicht: Wo war der Beweis, daß das Kleine von bösem Geiste erfüllt und der Strafe verfallen war?

Er selber hatte keine Kinder, wenigstens seines Wissens nicht. Sein Gesponst, N'Bakosch, hatte ihm noch keine geschenkt. Er betrachtete das Kleine. Eine zärtliche Regung erwachte in seiner Brust.

Noch grübelnd schob er die massive Tatze vor und ergriff die Puppe. N'Bakosch hatte ihn ohnedies gebeten, ihr etwas Zierliches mitzubringen. Das Püpplein würde ihr gewiß gefallen.

Der Gedanke an seine Geliebte brachte ihn auf etwas anderes. In seiner Nähe stand ein halb geöffneter Kleiderschrank. Darin hingen allerlei Frauengewänder, eine blaue Bluse, Röcke, Korsetts und sonstige Toilettestücke. Butu musterte die Pracht und traf eine Auswahl. N'Bakosch hatte so wenig Kleider und so ausgedehnte Blößen! Schonungslos wählte er in dem Vorrat. Was der Sack zu fassen vermochte, würgte er hinein.

Zuletzt kam ihm noch ein hellroter Sonnenschirm unter die Finger, der ihm ein so köstlicher Fund zu sein schien, daß er sich vor Genugtuung höchst geräuschvoll auf die Schenkel schlug, so daß das erschrockene Kind neben ihm an zu weinen fing.

Jetzt hatte es Butu eilig. Aber noch im Abgehen entdeckte er hinter dem stark gelichteten Kleiderbestand der Frau einen dem Hausherrn gehörenden Filzhut mit einer Hahnenfeder, den er für sich selbst requierierte. Dann nahm er seinen Sack unter den einen Arm, schwang in der anderen Hand den hellroten Sonnenschirm und verließ auf dem gleichen Wege, auf dem er gekommen war, das Haus.

Die Freundschaft in der Höhle.

Es war schon heller geworden, die ersten Vögel musizierten in den Bäumen und Hecken. Rüstig strebte Butu einem in der Ferne schweigsam aufragenden Forst zu. Bald befand er sich unter dem dunklen Nadeldach. Kaum widerstand er der Versuchung, auf dem schwellenden Moosteppich seinen Sack auszuschütten. Aber von irgendwo ertönte Hundegebell, in einem Wiesengrund wurden Sensen gewetzt.

Der Weg durch den Forst zog sich in die Länge. Die Gegend wurde hügelig. Er wanderte durch Schluchten und kletterte über Felsen. Allmählich verdichtete sich die Vegetation. Nach keiner Seite hin eröffnete sich mehr ein Ausblick auf freies Gelände.

Der Sack wurde schwerer. Butus Augen suchten nach einem Schlupfwinkel. In geringer Entfernung erhob sich ein aus großen erratischen Blöcken gebildeter Felswall, an dessen Fuß sich dunkle Höhlungen abzeichneten. Diesen steuerte er zu. Eine der Höhlen besaß einen schmalen, rauchgeschwärzten Eingang, der sich gegen das Innere der Felsmasse zu spiralenförmig erweiterte. Butu besah sich prüfend die Oertlichkeit, beugte sich schmunzelnd halb zur Erde und suchte mit den Blicken die Dunkelheit des Felsinnern zu durchdringen. Da seine Mühe vergeblich war, begann er sich auf den Knien durch die Oeffnung zu zwängen, die seiner breitschultrigen Gestalt nur eben Raum ließ.

Kaum hatte er die Außenwelt hinter sich, als zu seinem Schrecken im Hintergrund des Raumes ein Zündhölzchen aufflammte und ein undeutliches Granzen vernehmbar wurde. Im jähen Schein des Lichtes sah er einen langen Kerl in gelblicher Uniform an der Wand liegen.

„Curse it!“ (hol's der Teufel) dröhnte es ihm entgegen. — „Curse it!“ Und ehe noch Butu ein Schimmer von Verständnis für diese Begrüßung aufgestiegen war, folgten von den Lippen des Höhlenbewohners weitere Flüche von echt britischer Naturwüchsigkeit.

Eilig wollte sich Butu dem Bereich des mystischen Einsiedlers entziehen, indem er versuchte, rittlings wieder aus dem Raum zu kriechen. Aber der andere richtete sich plötzlich in seiner halben Länge auf, brannte wieder ein Zündholz an und erheiterte sein zuerst schreckverzerrtes [illegible] zu einer entgegenkommenden Grimasse.

„Be not afraid, old fellow!“ (fürchte dich nicht, mein Bursche) sagte er, und mit der Hand über die Schulter des noch auf allen Vieren verharrenden Negers hinausdeutend, auf den Sack, den dieser vor dem Eingang an einen Baum gestellt hatte, und auf den die Sonne goldene Ringe malte, fügte er hinzu:

„Whats the matter with this funny sack? Metch it in!“ — (Was ist das für ein komischer Sack? Hol ihn herein!)

Butu zögerte noch — begriff nicht recht — das Wort Sack, das schon zu seinem europäischen Wortschatz gehörte, ließ ihn jedoch den ungefähren Sinn der Einladung verstehen. Und der andere kam auch schon mit einem Gemengsel von deutsch und französisch seinem Verständnis zu Hilfe.

„Kamerad, gib dein Sack, s'il vous plait!“

Butu besah sich den Genossen, so gut es bei dem kurzen Aufflackern weiterer Zündhölzer möglich war, und fühlte seine erste Befangenheit weichen. Jener befand sich ohne Waffen, trug dazu einen Arm in der Binde und war, wie Butu unschwer erkannte, nichts anderes als er selbst: ein der deutschen Aufsicht entwichener Gefangener, den der Drang nach einem sicheren Zufluchtsort zufällig in die gleiche Höhle getrieben hatte.

Von einem aufsteigenden Gefühl der Zuneigung erfaßt, zeigte sich Butu bereit, dem Wunsch des anderen zu willfahren. Am Ende war der Aufenthalt zu zweien in dem Felsenloch auch unterhaltender als das Alleinsein. Das überlegend, zwängte er sich wieder durch den schmalen Eingang und kehrte alsbald mit dem Sack, den der Brite gemächlich im Kopfende packte und zu sich heranzog, in das Innere der Höhle zurück.

Sie freundeten sich an; sie hatten schon seltsamere Begegnungen hinter sich; in diesem Kriege waren alle Situationen möglich, alle Beziehungen denkbar. Das Bindeglied ihrer gegenseitigen Sympathien aber war der Sack, den der vom Hunger geplagte erste Insasse schon auf seinen Inhalt hin untersuchte. Freude kam über ihn, als er die von Butu mit eingepackte Kerze fand, die er sofort in Brand setzte. Mit offensichtlicher Geringschätzung schob er dagegen die ihm gänzlich entbehrlich erscheinenden Frauenröcke, Herdstangen und den übrigen Ramsch auf die Seite.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0002

Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht weiter eine Quittung, die im Januar 1920 der damalige Verlagsdirektor der „Elbemühlblätter" an Reich geschickt hat, und auch aus einem Brief des Reich an das ungarische Ministerium geht hervor, daß dieser Herr ungarische Bestechungsgelder erhalten hat. Die Quittung hat den Wortlaut:

„Quittung über 14 500 Kronen, lage vierzehntausendfünfhundert Kronen, welchen Betrag ich als erste Teilzahlung der für meine in Wiener und Berliner Blättern zu entfaltende journalistische Tätigkeit in 60 000 ungestempelten Kronen und 30 000 Mark zum Kurse von 3 Kronen 80, zusammen 174 000 Kronen, in zwölf gleichen Monatsteilzahlungen zahlbaren Forderung beim Chef des Pressedienstes der Wiener ungarischen Gesandtschaft in ungestempelten Noten der österreichisch-ungarischen Bank heute in Ordnung übernommen habe.

Wien, 26. Januar 1920 Unterschrieben: Armand Erdös."

Wien, 25. Sept (DA.) Der „Abend" meldet, daß die ungarischen Kriegsvorbereitungen immer größeren Umfang annehmen. Die Kriegsstimmung wird durch tägliche Aufsätze in den Blättern gefördert, in denen von der Knechtung der Slowaki, Kroatiens und Siebenbürgens gesprochen wird. Man dürfe dies nicht weiter ruhig ansehen und müsse bereit sein, nötigenfalls Blut zur Befreiung der unterjochten Brüder zu vergießen. In der Kanonenfabrik in Raab werde fieberhaft gearbeitet.

Ein tschechisches sozialistisches Blatt deckt eine ungarische Propaganda in der Tschechoslowakei auf. Ihr Zweck ist die Wiedergewinnung der Slowakei und die Wiederherstellung der Monarchie. Beteiligt sind die ungarischen Gesandten in Wien und Graz, der Wiener Journalist Mandl, gewesener Intimus des k. u. k. Ministeriums des Aeußern, und der madjarische Abgeordnete der Prager Nationalversammlung Tobler.

Inland.

Gespannte Lage in Oberschlesien.

(W. P. N.) **Kattowitz**, 24. Sept. Die Kattowitzer Ztg." veröffentlicht auf Grund eingehender Informationen einen Bericht über die Stimmungen und Bestrebungen in Oberschlesien, aus dem deutlich hervorgeht, in welchem Maße die deutschen Elemente auch weiter terrorisiert werden und wie stark die Gefahr neuer Unruhen besteht. Zwar ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden und der Verkehr kann ungehindert stattfinden, doch hat sich so viel Konfliktstoff angesammelt, daß das kleinste Ereignis ihn zur Entzündung bringen kann. Besonders ernst ist die Tatsache, daß das Ergebnis der sogenannten Entwaffnungsaktion als geradezu lächerlich bezeichnet werden muß. Nach den von deutscher Seite veröffentlichten polnischen Geheimdokumenten müssen mindestens 15 000 Gewehre in Händen der Polen sein, während bisher nur einige hundert Jagdgewehre abgegeben worden sind. Es kann unter diesen Umständen nicht weiter erstaunlich sein, daß terroristische polnische Elemente auch weiterhin vor Eingreifen in die Verwaltung nicht zurückschrecken In zahlreichen Ortschaften, so in Groß-Dubensko, in Lazisk und in Soszniza nehmen unberufene Elemente die behördlichen Geschäfte vor. Eine Wiedereinsetzung der gesetzlichen Behörden ist dort bisher unmöglich gewesen, ebensowenig ist in anderen Orten die Wiedereinsetzung der Polizei gelungen. So sind in Myslowitz die Polizeiretiere nach wie vor in den Händen der Polen, die die polizeilichen Meldungen entgegennehmen und Pässe ausstellen. In einzelnen Kreisen sind die Gendarmen zwar zurückgekehrt — der Kreis Pleß ist indessen, wie bemerkt sei, immer noch ohne Gendarmeriestation — haben aber ihre Waffen nicht zurückerhalten. In anderen Kreisen ist den Polizeibeamten das öffentliche Tragen zurückgegebenen Waffen verboten worden und sie dürfen sich lediglich in Zivilkleidung auf die Straße wagen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß das Verbrecherwesen organisch bekämpft werden kann. Vor allem blüht der Schmuggel. In den Kreisen Rybnik, Pleß und Kattowitz ist die Grenze nach Polen völlig offen. In dem letztgenannten Kreise haben die Schmuggler sogar, da ihnen die vorhandenen Grenzübergänge nicht genügten, bei Eichenau eine feste Holzbrücke über die Brinitza geschlagen. Auf diesen Wegen geht die Waffeneinfuhr nach Oberschlesien uneingeschränkt weiter. Von einer Wiederherstellung der Ordnung, die die Vorbedingung für die Vornahme der Abstimmung ist, kann nach alledem nicht die Rede sein.

Gewalttaten oberschlesischer Bergarbeiter.

Hindenburg, 24. Sept. Auf der Castellengo-Grube kam es heute früh zu wüsten Auftritten, bei denen fünf Grubenbeamte zum Teil erheblich verletzt wurden. Vor einiger Zeit war ein Lehrheuer wegen Mißhandlung eines Steigers von der Grubenverwaltung fristlos entlassen worden. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß führten zu keinem Ergebnis. Der Grubenverwaltung wurde nahegelegt den Heuer auf einer anderen Belleftremschen Grube zu beschäftigen. Die Verwaltung war damit einverstanden. Die Belegschaft forderte Wiedereinstellung des Heuers auf der Castellengogrube und seine Unterstellung unter den von ihm mißhandelten Steiger. Die Grubenverwaltung lehnte dieses Ansinnen jedoch ab, gab aber schließlich nach, als zwei Steiger mißhandelt worden waren. Trotzdem trat die Belegschaft heute früh in den Ausstand. Sie vergriff sich tatsächlich an allen Beamten, dessen sie habhaft werden konnte. Der zur Hilfe entgegengekommene Kreiskontrolleur von Hindenburg sandte acht Mann französischer Truppen und Abstimmungspolizei nach der Grube und leitete Schlichtungs-Verhandlungen ein, die um Mittag zur Einfuhr der Mittagsschicht führten. Die strafrechtliche Verfolgung der gegenwärtigen Elemente, die sich in der Hauptsache aus jugendlichen Personen zusammensetzen, ist eingeleitet. Die Beamtenschaft der Gruben hat dringend um Schutz gegen den sich immer mehr geltendmachenden terroristischen Bestrebungen in gewissen Kreisen der Arbeiterschaft. Seit heute früh befindet sich die Belegschaft der Lauragrube in Kattowitz und der Deutschland-Grube in Schwientochlowitz wegen Lohnforderungen im Ausstand. Die Gruben sind von Sicherheitspolizei-Mannschaften besetzt. Die Notstandsarbeiten werden von Grubenbeamten verrichtet.

Die Marburger vor dem Schwurgericht.

Wie wir erfahren, kommt das Verfahren gegen Goebel und Genossen (die Marburger studentischen Zeitfreiwilligen, die bei Thal und Mechterstedt die 15 fache Wuttat gegen gefangene Arbeiter verübten) im Oktober erneut zur Verhandlung und zwar alsdann vor dem Schwurgericht Kassel.

Waffenablieferung in Groß-Berlin. Die bisherigen Teilergebnisse der Entwaffnungsaktion für die Woche vom 15. bis 21. September für Berlin und Vororte stellen sich folgendermaßen dar; es wurden abgeliefert: 14 000 Gewehre und Karabiner, 1500 Revolver und Pistolen, 170 Maschinengewehre und Maschinenpistolen, 2 Geschütze, 4700 Handgranaten, 425 000 Kleinmunition und eine große Zahl von Waffenteilen, darunter drei Geschützrohre.

Ausland.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und China.

Peking, 24. Sept. (Reuter.) Ein Erlaß kündigt an, daß die amtlichen Beziehungen zu dem russischen Gesandten nicht mehr fortgesetzt werden.

Amsterdam, 25. Sept. Einer ergänzenden Meldung aus Tokio zufolge hat der chinesische Minister des Aeußern dem russischen Gesandten Fürsten Kudachew nahegelegt, zurückzutreten. Dieser lehnte das Ansuchen zuerst ab, erklärte sich jedoch später bereit, dem Wunsche Chinas nachzukommen. Die Lage ist außerordentlich heikel. Es verlautet, daß China vorschlägt, provisorisch alle russischen öffentlichen Interessen zu übernehmen. In den russischen Konzessionen in Tientsin und Hankau soll an die Stelle des russischen Konsuls ein chinesischer Beamter treten. Die chinesische Ostbahn wird jedoch so gut wie gar nicht davon berührt. Der russische Gesandte soll in der Gesandtschaft bleiben und die russischen Archive in Obhut nehmen. Die britische, die französische und die amerikanische Handelskammer von Hankau haben gegen das Vorhaben Chinas, die Verwaltung der russischen Konzessionen zu übernehmen, Einspruch erhoben. Sie erklärten, wenn eine Aenderung der Verwaltung wünschenswert erscheine, so müßten die in Betracht kommenden Konzessionen unter internationale Kontrolle gestellt werden.

Konflikt zwischen Wilson und dem Kongreß.

Paris, 26. Sept. Wie die „Chicago Tribüne" meldet, lehnte Wilson entschieden ab, die Handelsverträge der Vereinigten Staaten mit dem Auslande zu kündigen. Durch diese Haltung befindet sich der Präsident in direktem Widerspruch zu dem Kongreß, der die Aufhebung aller Handelsverträge verlangt hat, die im Widerspruch zu dem neuen Statut der Handelsmarine bestehen. Wilson betrachtet dieses Statut als verfassungswidrig.

Munition für Polen.

Die im Danziger Hafen für Polen ausgelieferte Munition stammt zum größten Teile aus Saloniki, wohin die Franzosen während des Weltkrieges ganz erhebliche Mengen transportierten. Die Schiffe werden durch deutsche Hafenarbeiter entladen. Für die Werktagsarbeit von 6 Stunden Arbeitszeit enthält jeder Hafenarbeiter 80 Mark pro Tag. Für die Sonntagsarbeit der Munitionsentladung wird für die Stunde 50 Mark gezahlt.

Der allrussische Kommunistenkongreß.

Amsterdam, 24. Sept. „Times" meldet: Auf dem allrussischen Kongreß der Bolschewistischen Partei, der am 22. Sept. in Moskau eröffnet wurde, wurden in den Vorsitz gewählt: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Kalidin, Tomsky und Radek.

Russische Genossenschafter verurteilt.

„Iswestia" meldet die Verurteilung von zehn leitenden Persönlichkeiten der russischen Genossenschaftsbewegung zu schweren Kerkerstrafen. Korobes und Larrukin, die als Sachverständige vor dem Obersten Rat hätten erscheinen sollen, um dort ein Gutachten über den Außenhandel Rußlands abzugeben, sind zu vierzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Internationale im Malergewerbe.

Vom 10. bis 12. September tagte in Stuttgart nach neunjähriger Unterbrechung die Internationale der Gewerkschaften des Malergewerbes. Es waren vertreten Dänemark, Schweden, Oesterreich und die Schweiz durch je einen, Holland durch zwei und Deutschland durch vier Delegierte. Versuche, mit Frankreich, Belgien und England wieder Beziehungen anzuknüpfen, sind bisher erfolglos gewesen. Der amerikanische Verband hatte ein Begrüßungsschreiben gesandt, der norwegische Verband war verhindert, einen Delegierten zu entsenden und Ungarn und Finnland konnten aus politischen Gründen nicht vertreten sein. Die Bauarbeiter-Internationale vertrat Genosse Köppler.

Der Bericht des internationalen Sekretärs Streine, des Vorsitzenden vom deutschen Verbande, der für die letzten 8 Jahre gedruckt vorlag und durch mündliche Angaben ergänzt wurde, fand einstimmige Annahme.

Die Berichte der Delegierten über den Stand der Organisationen in den verschiedenen Ländern boten viele beachtenswerte Auskünfte und wertvolle Anregungen. Es wurde festgestellt, daß überall die Entwicklung zum Reichs- oder Landestarif sich vollzieht. In Dänemark wird fast ausschließlich und in den anderen nordischen Ländern in größerem Maße in Akkord gearbeitet; in Oesterreich ist die Frage der Gewährung von Ferien gesetzlich und in Norwegen durch Tarifvertrag geregelt. Der Achtstundentag ist mit Ausnahme der Schweiz überall durchgeführt. Hierzu wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen.

„Die Konferenz stellt fest, daß der Achtstundentag im allgemeinen in den der Internationale im Malergewerbe angeschlossenen Ländern und darüber hinaus durch die Gesetzgebung und durch Tarifverträge durchgeführt ist. Sie fordert die Berufsgenossen und ihre Organisationen aller Länder auf, allen Versuchen energisch entgegenzutreten, die diese seit Jahrzehnten erstrebte, und aus sanitären, beruflichen und sozialen Gründen gerade für das Malergewerbe voll und ganz besonders dringend gewordene Maßnahmen beseitigen wollen."

Ueber die in Zukunft notwendige Taktik der Gewerkschaften referierte Jensch, Amsterdam. Er vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaften im Kampfe gegen den Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus an erster Stelle stehen müßten; dem Kriege müsse mit dem Generalstreik begegnet werden. Mit der durch die Schweiz vertretenen Taktik des Alles oder Nichts könne er sich nicht befreunden. Nach größeren Kämpfen müßten auch Zeiten der Erholung folgen. Er lasse sich durch das Wort Bolschewismus nicht schrecken, doch, was vielleicht in Rußland gut sei, brauche noch lange nicht für andere Länder zu taugen.

Eingehend besprochen wurde ferner die Frage der Gründung von Genossenschaftsbetrieben — wobei allseitig zu größter Vorsicht gemahnt wurde — und der Sozialisierung allgemein und im besonderen im Baugewerbe.

Wertvolle Anregungen bot auch die von Genossen Streine eingeleitete Aussprache über die Berufskrankheiten und Unfallgefahren im Malergewerbe. Hierzu wurde beschlossen, daß vom internationalen Sekretär eine Denkschrift auszuarbeiten sei, die dann als Grundlage für ein Vorgehen der Organisationen in den verschiedenen Ländern zugunsten eines größeren Gesundheitsschutzes dienen soll.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die zweite Internationale Konferenz der Organisationen des Malergewerbes erblickt in der Führung des Kampfes der Arbeiterschaft um den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft, um die soziale und politische Gleichstellung aller Menschen und die Beseitigung der Privatwirtschaft durch den Sozialismus, die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Konferenz ist sich der Schwierigkeiten, die der Sozialisierung im Malergewerbe entgegenstehen, voll bewußt und empfiehlt daher den angeschlossenen Organisationen, nach Möglichkeit die gleichen Bestrebungen im Baugewerbe zu unterstützen. Die Konferenz ist nach wie vor überzeugt, daß die Arbeiterschaft zu ihrem Ziele nur durch den vom Willen des gesamten Proletariats vorwärts getriebenen Klassenkampf auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens gelangen kann, und daß in diesem Kampfe die Gewerkschaften ungehemmt durch politische Meinungskämpfe hervorragend tätig sein müssen.

Das hat in allen Ländern zu geschehen durch die Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere gegen jeden Krieg durch den Generalstreik und durch die Propaganda gegen den Kapitalismus und Militarismus.

Außer der Lösung dieser Aufgaben muß der Kampf wie bisher auch weiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Durchsetzung aller sozialen Maßnahmen, auf die besonders die Arbeiterschaft des Malergewerbes wegen ihrer meist gesundheitsschädlichen und mit Unfallgefahren verbundene Arbeit Anspruch erhebt, unvermindert weitergeführt werden."

Zur Frage des Ausbaues der Internationale im Malergewerbe wurde der Verschmelzung mit der Internationale im Baugewerbe im Prinzip zugestimmt. Bedingung für den Zusammenschluß soll aber sein, „daß die Berufsgruppen der Maler in den Bauarbeiterverbänden der verschiedenen Länder gemeinsam mit den noch bestehenden selbständigen Berufsorganisationen die in Betracht kommenden Berufsfragen besonders behandeln, Material über Angelegenheiten des Berufes und der Arbeitsverhältnisse sammeln oder zugänglich gemacht erhalten können und nach Bedarf Gelegenheit zu besonderen Beratungen bekommen". Die hierzu notwendigen Verhandlungen mit der Bauarbeiter-Internationale soll der internationale Sekretär wahrnehmen und wenn diese zu einem geeignet erscheinenden Ergebnis geführt haben, Gelegenheit zu einer endgültigen Beschlußfassung geben.

Zum internationalen Sekretär wurde Genosse Streine einstimmig wiedergewählt.

Vermischtes.

Die Explosion vor der Morgan-Bank.

or. **New York**, 22. Sept. Die Untersuchung über die Explosion vor der Morgan-Bank tastet immer noch im Dunkeln, alle Annahmen der Polizei haben sich als nicht stichhaltig erwiesen. Der bekannte Sozialistenführer Lee erklärte in einer Massenversammlung, es sei allen Arbeitern wohl bekannt, daß die Explosivstofftransporte der Dupontwerke ohne alle Vorsichtsmaßnahmen durch die Straßen von New York geführt würden. Lee schreibt die Explosion einem solchen fahrlässigen Transport zu. Die Dupontwerke machten ihren großen Einfluß geltend, um die Wahrheit zu verschleiern, und um so den Entschädigungsansprüchen der Familien der Opfer zu entgehen. Ein sozialistischer Zeuge erklärte bei der polizeilichen Untersuchung, er habe einen Wagen der Dupontwerke zur Zeit der Katastrophe an der Ecke der Wall Street gesehen. Die Dupontwerke geben die Gegenwart zweier solcher Wagen in der Nachbarschaft der Explosionsstelle zu. Es wird jedoch gleichzeitig behauptet, diese zwei Wagen hätten keine Explosivstoffe enthalten. Die Grand Jury eröffnet heute die Untersuchung, 22 Zeugen sind geladen. An erster Stelle wird der Sekretär der Dupontwerke in New Jersley vernommen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Das Ende des italienischen Metallarbeiterkonfliktes.

Mailand, 26. Sept. Wie die Blätter melden, haben die Metallarbeiter das Abkommen von Rom mit großer Mehrheit angenommen, nach „Popolo d'Italia" mit 127 904 gegen 44 531 Stimmen bei 3600 Enthaltung. Die Räumung der Betriebe ist auf Montag, den 27. September, angeordnet worden.

Vom englischen Bergarbeiterkonflikt.

London, 26. Sept. Die Delegierten der Bergarbeiter verhandelten gestern mit den Arbeitgebern über die Fortsetzung einer Grundlage für die Lohnerhöhung. Smillies bemühte sich, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen, gab aber, verstimmt durch die Opposition einer Anzahl Delegierter dem Aktionsausschuß zu verstehen, daß sein Rücktritt bevorstehe.

Aus Irland.

Belfast, 26. Sept. Havas. Die Ruhestörungen dauerten am Sonntag morgen in verschiedenen Vierteln fort. Es wurden Schüsse abgefeuert und die Polizei mit Steinen beworfen. Ein Polizist und drei Zivilisten wurden getötet. Unter den Verwundeten befinden sich zwei schwerverletzte Polizisten und mehrere Zivilisten, von denen sechs ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Absturz eines Flugzeuges.

London, 25. Sept. Während eines Vergnügungsfluges auf dem Flugplatz von Northold in der Nähe von Harrow ging ein großes mit sechs Personen besetztes Flugzeug in Trümmer. Drei Männer, darunter der Flugzeugführer, und zwei Frauen wurden getötet, ein Mädchen schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

W. B. Naumburg. Der Achtstundentag hat gesetzliche Kraft. Ein jeder Arbeiter hat Anspruch darauf, doch schließt das nicht aus, daß zeitweise im Notfall eine längere Arbeitszeit verlangt werden kann. Eine gesetzliche Handhabe, gegen Arbeiter einzuschreiten, die dauernd unter 8 Stunden arbeiten, besteht nicht. Diesen Uebelstande abzuhelfen, muß Sache der Organisation sein. Genau so liegt es auch in dem Falle der im Nebenberuf als Musiker tätigen Personen. Es ist gewiß verwerflich, wenn Arbeiter oder auch Beamte nach Erledigung ihrer Tagesarbeit den Berufsmusikern Konkurrenz machen, aber ein Gesetz, auf Grund dessen ihnen das verboten werden kann, existiert nicht.

W. B. Naumburg. Kirchensteuern brauchen Sie nicht mehr zu zahlen. Erheben Sie Einspruch dagegen. — Es ist eine üble Angewohnheit der Kirchengemeinden, die Austrittserklärungen bei Erhebung der Steuern zu ignorieren.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanske; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Hertzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Märkerstr. 22.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung,
betr. Herstellung von Kuchen in Bäckereien.

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1919 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet.

Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betr. Geschäfte angeordnet werden.

Halle, den 23. September 1920. **Der Magistrat.**

Grudekarten. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Oktober gelten von der roten Grudekarte Nr. 3 die Abschnitte 3 bis 9, zum Bezuge der Waschfohle mit ½ Ztr. Briketts der Abschnitt mit der gleichen Buchstabenbezeichnung. Die Bestimmungen der Verordnung vom 8. 4. 20 über die Kohlenversorgung 1920/21 finden hierbei entsprechende Anwendung.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu zwölf Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre, ferner von Reis, Milchsuppe, Milchpulver, Bratfett und Roß-Rot- und Leberwurst an alle Haushalte in der Talamtschule am Dienstag, den 28. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 9001 bis 13 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 13 501 bis 18 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mk., ferner an jede Person aller Haushalte ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 2 Pakete Milchsuppe zum Preise von 1,10 Mk. für 2 Pakete, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk., ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund und eine ½-Kilodose Roß-Rot- und Leberwurst zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 27. September 1920. **Der Magistrat.**

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter 41. Woche von Dienstag, den 28. ds. Mts. ab **30 Gramm für 90 Pfennig.**

Fleisch- und Wurstwaren Freitag, den 1. Oktober von nachm. 3 Uhr ab bis Sonnabend mittag 12 Uhr auf Lebensmittelschein-Abschnitt Nr. 132 je 150 Gramm Frischfleisch. Bis zum 1. Oktober gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise für 1 Pfund: Rinder-Kochfleisch 7.50, Rinder-Bratfleisch 8.50, Kalbfleisch 8.00, Hammelfleisch 8.00, Schweinefleisch 9.00, Wurst 10.00 Mk. Von Sonnabend nachmittag 2 Uhr ab, markenfreier Verkauf etwaiger Reste zu **vorstehenden Preisen.** Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Eintragung in die Kundenliste ist dringend erforderlich um eine bestimmte Belieferung gewährleisten zu können.

Kartoffeln verläßig das Pfund 31 Pfennig in **beliebiger** Menge. Bezugscheine über direkten Bezug vom Landwirt werden im Lebensmittelamt ausgegeben.

Käse Dienstag, den 28. ds. Mts. je 1 Handkäse für 80 Pfg. auf Abschnitt Nr. 130 der Lebensmittelscheine: Nr. 201—280 4—5 Uhr nachmittags.

Krankenbrot bei Bergmann Wiesenstraße, Otto Hennig Töpfergasse, Heinig Kreuzgasse und Tannebergerstraße auf Weißbrotkarten für Kinder und Kranke 325 Gramm für 98 Pfennig.

Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich ½ Pfd. Haferflocken in Paketen 2.10 Mk. das Pfd. in den bisherigen Bäckereien.

Speisesirup das **Pfd. zu 1,90 Mk.** soweit noch vorhanden, markenfrei.

Zwieback markenfrei das Paket 1,55 Mk. in allen Bäckereien.

Zwiebackbruch und Krumen markenfrei das Paket Bruch 1,15 Mk. und **1 Pfund Tüte Krumen 4,60 Mk. bei Schreyer, Tanneberger,** Dübenerstraße u. **Hennig,** Töpfergasse und **Heinig,** Kreuzgasse.

Delitzsch, den 25. September 1920.

Der Magistrat.

Weißenfels

Abgabe von Anzügen an ehemalige Kriegsgefangene.

Der Rest der durch die Stadt beschafften **Anzüge** für ehemalige Kriegsgefangene ist geliefert **worden.**

Die Abgabe dieser Anzüge, von welchen nur **die Größen** 44, 46 und 48 vorrätig sind, erfolgt durch die **Firma Edmund Gottheit,** Jüdenstraße, gegen Zahlung von **225 Mk.** Militärentlassungspapiere sind **vorzulegen.**

Weißenfels, den 23. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die aus der Zuteilung **vom August** ds. Js. noch vorhandenen **Restbestände an Reichsware** (siehe diesseitige Bekanntmachung vom 26 August 1920) geben wir hiermit zum Verkauf ohne Bezugschein frei.

Wir weisen die minderbemittelte Bevölkerung der hiesigen Stadt bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß bei einer auch weiterhin so geringen Nachfrage nach Reichsware der Magistrat sich genötigt sieht, die ihr vom Reichskleiderlager zugeteilten Mengen an Reichsware nicht mehr abzunehmen, um sich vor etwaigen finanziellen Verlusten zu schützen.

Weißenfels, den 21. September 1920.

Der Magistrat.

Zu beziehen durch die
Parteibuchhandlungen des Verbreitungsbezirks
Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.
Volksbuchhandlung Naumburg,
Marienstraße (nahe am Markt).

Täglich! Täglich!

Judex!

Zweiter Teil. Vier Akte.

Vorführung: 4.00, 6.45, 9.30 Uhr.

Die Augen als Ankläger! ! !

Detektiv-Drama in 5 Akten.
Bearbeitet von Helmuth Ortmann.
Vorführung: 5.10 7.55 Uhr.

Wegen des gewaltigen Andranges bitten wir die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen!

U.T

Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224. | Alte Promenade 11 a. Fernruf 5738.

Das grosse Doppelprogramm
Föhn.
Großer dramatischer Film in 5 Akten mit
Käthe Haak
Ilse Götzen
Prachtvolle Aufnahmen von unübertrefflicher Schönheit aus den Alpen kennzeichnen diesen Film und müssen selbst den grössten Kinogegner begeistern.
Aus dem Inhalt:
Wettersturz-Elmsfeuer - Gewitter-Schneesturm in den Alpen - Nottener usw.
Vorfhr.: 4.00, 6.30, 9.10.

Ossi Oswalda
als keckes Cowgirl in dem Lustspiel (4 Akte)
Das Valutamädel
Vorfhr.: 5.20 8.10
Beginn 4 Uhr.

Der grosse Prunk-Film
Satan-Diktator.
6 Akte von ununterbrochener Spannung. Riesige Massenszenen. Grand. Aufmachung. Zeit und Ort der Handlung: Englang anno 1750. Mitwirkende sind bekannte Leipziger Künstler, wie:
Lothar Körner, Cläre Harten, Herbert Hübner u. a.
Vorfhr.: 4.00, 6.20, 9.00

Die Berliner-Range
II. Teil.
Lotte kuppelt.
Lustspiel in 3 Akten mit
Hilde Wörner.
Vorführg.: 5.40 8.20.
Beginn 4 Uhr.

Infolge der Länge d. Programms beginnt die Abendvorstellung pünktlich 8 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Eintrittskarten haben nur am
Tage der Lösung
Gültigkeit.

Stadt-Theater
Dienstag, den 28. Sept. Anf. 7½, Ende 10¾ Uhr:
Und das Licht scheint in der Finsternis.
Mittwoch:
Fra Diavolo.

Städtische Kammerspiele
Bad Wittekind.
Mittwoch, den 29. Sept. abends 7½ Uhr
Clavigo
von Goethe.

Bestes Aufwasch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!

Man spart Arbeit Seife und Geld!

Zu haben in:
Colonialwaren-, Drogen-, Küchengeräte- und Seifenhandlungen.

Prämiiert „Hygiena" Dresden 1911

Hersteller:
Chem. Werke Kemmlitz
G. m. b. H.,
Kemmlitz-Mügeln
Bez. Leipzig.

Bezirks-General-Vertrieb
Fa. Hermann Jentzsch,
Leipzig-Sellerhausen.

Sozialdem. Verein f. Halle u. Saalkr.

Gegründet im April 1889, (Alte Partei).

Dienstag, den 28. September abends 7½ Uhr im **„Goldenen Hirsch",** Leipzigerstr. 63.

Große Offentl. Volksversammlung

Genosse

Dr. Siegfried Nestriepke,

Berlin, früherer Chefredakteur der „Freiheit" (Zentralorgan der U. S. P. D.) spricht über

„Bolschewismus und Sozialdemokratie"

Nach dem Vortrag **freie Aussprache.**

Arbeiter! Beamte! Bürger!

Erscheint zahlreich in diesen Versammlung.

Eintritt 50 Pfg. **Der Vorstand.**

Lehrer Obst's Nerven-Tee
ohne Wohlf. f. Haus u. Fam. zum Kurgebr. bei Nervenleidchen, Kopfschm., Schlaflosigk., von bestbewährt. garant. Wirkg., zugl. Arter.-Verkalkg. vorb. **Probep. 4 Mk., Mon.-Menge 15 Mk.**
Außerd. bestbewährt. Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichs.-, Darm-, Fieb.-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Mag.-, Nier.-, Rheumatism.-, Wasserluchts-Tee u. a. m.
Genaue Angaben erfolg. durch **R. Obst, Hermannsdorf Nr. 684** bei Breslau.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ortsgruppe Halle.
Mittwoch, den 29. September abends 7½ Uhr, im **Südpalast,** Lerchenfeldstrasse
Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsräte.
Wegen Behandlung wichtiger Angelegenheiten ist Erscheinen jedes einzelnen abkömmlichen Funktionärs und Betriebsratsmitgliedes notwendig.
Verbandsbuch und Ausweis vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Hygienische Bedarfsartikel
aller Art.
Verlangen Sie bitte neueste Preisliste von **Schtlessfach Nr. 7, Penig** (Sachs.) 39.

Die Deutschen Parteiprogramme
von Dr. Felix Salomon
Professor der Universität Leipzig.
Der Verfasser hat unter Mitwirkung anderer [illegible] und Verwendung von Proklamationen der politischen [illegible] eine wichtige Sammlung über deren Programme und Aufrufe an das öffentliche Leben aus der Zeit vom Beginn der Revolution, November 1918 bis zum neuen Reichstag 1920 zusammengestellt.
Jeder **Politiker muß diese Schrift zur Hand haben,** wenn er sich politisch bilden und mit den gegenwärtigen politischen Parteien in den drei zurückliegenden weltgeschichtlich wichtigen Jahren beschäftigen will.
Die aus dem Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, Berlin stammende Schrift ist in der
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27 zu haben.
Preis Mark 10.—

Der Neue Welt-Kalender 45. Jahrgang **1921**

Preis 2.25 Mark und 25 Pfennig Buchhandel-Zuschlag zusammen
2.50 Mark
ist eingetroffen und von unseren Zeitungsträgern, den Ortsvereinsvorständen der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk, sowie in der
Buchhandlung der Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 27, Halle
oder in der
Volksbuchhandlung in Naumburg
Marienstrasse, Nähe Markt
zu beziehen.
Einzelbezug durch die Post gegen Einsendung obigen Betrages und 40 Pfg. für Porto an das Postscheckkonto 87573 Leipzig.

Sohlleder-Ausschnitt,
Gummi-Absätze
zu billigsten Tagespreisen
Paul Andersch,
Lederhandlung,
Magdeburgerstrasse 8.

Große Rollen
Klosettpapier
empfiehlt zum Preise von
1,10 u. 1,40 Mk.
Buchhandlung der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27

Alt-Metalle
kauft z. höh. Preis.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstr. 29.

Neue und gebrauchte, weiße und bunte Bettbezüge, Hemden, Handtücher, Schürzen usw. kauft zu hohen Preisen
Frau Hornickel,
Gr. Klausstr. 19.
Ecke Domstr. Fernruf 4314.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 9 Uhr.

Stellen finden.

Tücht. Maurer
stellen ein
Schoenemann & Schwarz,
Turmstraße 5

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0004

Das Programm der Sozialdemokratie.

(An die unter dieser Ueberschrift gebrachten Ausführungen des Gen. Waentig im Gutochtenbuch zum Parteitag hatte sich eine Debatte in der Zeitung geknüpft. Gen. W. D. setzt sie mit diesem Beitrag fort. Die Redaktion möchte aber ihrer Befürchtung Ausdruck geben, daß sich dieselbe zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn man nicht versucht die praktischen Probleme ins Auge zu fassen, die uns der Lauf der Weltgeschichte zur Lösung überwiesen hat.)

Die Ausführungen des Genossen W. L. machen mir den Eindruck, als ob er Unheil für die materialistische Geschichtsauffassung gewittert hätte, denn in der großen Eile, mit der er meine Ausführungen zu widerlegen versucht, hat er ganz vergessen, sich meinen Artikel etwas näher zu besehen. Er hätte nämlich sonst im letzten Abschnitt meiner Ausführungen entdecken müssen, daß es mir lediglich darum zu tun war, darzutun, was die Ausführungen des Genossen Waentig, falls sie angenommen werden, im Hinblick auf die materialistische Geschichtsauffassung, für eine Wirkung hervorrufen würden. Ich sage ja ausdrücklich, daß mir die materialistische Geschichtsauffassung als Parteigrundlage zu schmal ist, da ein großer Teil der Sozialisten in der Partei sie nicht anerkennen könnte.

Doch nun zu den Ausführungen des Genossen W. L. Er meint, ich habe angenommen, Gen. Waentig habe diese Ideen als neu propagiert. Ich habe mich vergeblich bemüht, in meinen Ausführungen einen derartigen Ausspruch zu entdecken. Es dürfte vielmehr hinlänglich bekannt sein, daß diese Gedanken schon lange propagiert werden. Man sehe sich z. B. Bernstein: „Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" an. Dieses Werk ist bereits 1899 erschienen.

Genosse W. L. wirft mir vor, ich kenne die Parteigeschichte nicht, denn sonst müßte ich wissen, daß die Partei die Genossenschaften wegen ihrer geringen Erfolge abgelehnt habe. Nun, ich empfehle dem Genossen W. L., er möge sich einmal die Aeußerungen Marx' zum Kompromiß im Gothaer Programm zwischen Lasallianern und Marxisten ansehen. Er würde dann sehen, aus welchen Motiven heraus Marx die Genossenschaften ablehnt. Marx hat später zwar seine Ansichten etwas geändert und hat die Produktivgenossen zeitweise anerkannt. (Resolution des Genfer Kongresses.) Ich will natürlich nicht abstreiten, daß die Mißerfolge im Genossenschaftswesen das Verhalten der Partei beeinflußt haben. Es kam mir aber in meinen Ausführungen nur darauf an, den Widerspruch des Vorschlages zur materialistischen Geschichtsauffassung aufzudecken.

Ueber den Wert der Genossenschaften kann man geteilter Meinung sein. Ich jedenfalls stehe auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaften und speziell die Konsumgenossenschaften, für die Herbeiführung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft von großer Bedeutung sind. Es ist natürlich ausgeschlossen, den Beweis dafür hier in ein paar Zeilen zu erbringen. Jedoch stehe ich zur Beweisführung jederzeit gern zur Verfügung.

Was ich in meinem Artikel zum Punkte Russische Revolution sagen wollte, bezog sich lediglich auf die geistigen Vorbedingungen, von den ökonomischen sah ich absichtlich ab. Genosse W. L. wird mir nicht abstreiten wollen, daß Lenin, als er durch die Revolution die Diktatur des Proletariats errichtete, mit einem ganz anderen Menschenmaterial, d. h. mit einem anderen Geist der Masse rechnete, als er vorhanden war. Lenin gibt dies und den Schaden, den dieser Rechenfehler getan hat, unumwunden zu. Daß das natürlich nicht die einzige Ursache des russischen Zusammenbruchs war, dessen bin ich mir als Nationalökonom vollständig klar.

Jedenfalls konnte in meinem Artikel nicht die Rede davon sein, daß ich die materialistische Geschichtsauffassung — die übrigens besser ökonomische Hitze, denn sie hat mit der philosophischen Richtung des Materialismus nichts zu tun — über den Haufen werfen wollte. Dazu bedarf es eines bedeutend tieferen Eindringens in philosophische Probleme, die in Gestalt eines Aufsatzes nicht zu bewältigen wären. W. D.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 27. September 1920.

Das Herbstfest der Arbeiter-Jugend.

Weit draußen vor den Toren der Stadt, auf freier Bergeshöhe, am Saume des Waldes, erklang gestern das Singen und Jauchzen unserer Jugend. Mit Sang und Klang waren sie hinausgezogen und feierten, Blumen im Haar, den Herbst, denn für die Jugend ist auch das Herbstfest ein Fest der Freude. Wenn auch bangs um uns herum die Söfte und Kräfte der Natur versiegen und sich über die Fläche des Landes das große Sterben wie ein grauer Hauch legt, so gibt es doch für die Jugend keine herbstlichen Sterbegedanken. In ihr ist immer Frühling. Auch wenn von frostigen Stürmen Schnee und Eis über die Erde gemeht sein wird, bleibt die Sonne im Herzen der Jugend, das sich in immerwährendem Frühlinge badet.

Nach der Erledigung der Wettspiele auf der tiefliegenden Fläche des Exerzierplatzes, lösten sich oben auf der Höhe des Berges Weihespiele, Rezitationen und Volkstänze in bunter Wechselreihe ab. Als sich dann nach und nach die Schattenschleier der hereinbrechenden Nacht über die Spielenden und die große Zahl der Zuschauer senkt hatten, lohte die Flamme eines ihnell entzündeten Freudenfeuers weit in die Runde. Rings im Kreise stand die Jugend um die lodernde Glut. Gleich den Flammen zuckte der Rhythmus eines stark gut vorgetragenen Feuerliedes über die Häupter der Versammelten und einer nach dem anderen trat aus dem Kreise um die Nacht, Reinheit und Zauberkraft des Feuers preisen.

Im Scheine leuchtender Fackeln, trotzige Kampfeslieder auf den Lippen, marschierte die Schaar in die Stadt zurück, durchzog die Straßen bis zum Roßplatz und beendigte dort die Feier mit einem kräftigen und freudigen „Frei Heil".

Ganz besondere Freude wurden allen Jugendgenossinnen und Genossen mit der Einweihung der neu gestifteten Fahne bereitet. Einer der Jugendgenossen hielt die Weiherede in folgender Form:

Weihet die Fahne.

Gebt der Fahne Weihe
Junge Stürmerschar;
Und gelobet Treue
Ihr auf immerdar.

Ueber unsern Häuptern
Flattern rote Flammen;
Wenn der Wind hinbrausen
Faßt ihr Tuch zusammen.

Wie ihr Rot hinwehet
In des Sturmes Falten,
Freien Laufs hingehet
Sei auch unser Walten.

Ihrer Flammenzunge
Heißem Freiheitshauche,
Weichen falsche Götzen
Fliehn in wildem Laufe.

Und im Sturmgebrause
Folgen wir der Lohe,
Ihren Feuerspuren,
Sehn das Ziel, das hohe.

Stoßen fest ins Erdreich
Den gespitzten Schaft,
Wenn zum letzten Sturme
Unser Leib Roß strafft.

Weihe dieser Farbe —
Weihe diesem Schaft —
Weihe jenem Arme,
Der sie führend faßt.

Infolge eines Konstruktionsfehlers in der organisatorischen Einteilung des Festes war es leider den zahlreich von auswärts erschienenen Jugendfreunden nicht vergönnt, die Weihefeier auf dem Berge mitzumachen. Sie mußten schon vor dieser Zeit zum Bahnhof abwandern. Die Hallenser werden das zum nächsten Bezirksfest wieder wettmachen. Bis dahin „Frei Heil!"

Der zweite Tag des hallischen Herbstmeetings.

Wenn der erste Tag des hallischen Herbstmeetings hier und da noch Wünsche offen ließ, so war der gestrige Renntag in jeder Beziehung ein voller Erfolg. Ein vieltausenköpfiges Publikum — die Rekordzahl des Rennens im Juni dürfte wohl annähernd erreicht worden sein — sehr starke Felder, hohe Quoten und spannende Endkämpfe machten den Aufenthalt auf der Bahn außerordentlich interessant und im gewissen Sinne auch lohnend. Dazu kam noch, daß der Wettergott wenigstens am Nachmittag ein Einsehen hatte, so daß sich die einzelnen Rennen glatt abwickelten.

Infolge des durch die reichlichen Niederschläge tiefen Geläufes war der Tag an Ueberraschungen reich, so in dem ersten Rennen, in dem der heiß favorisierte „Feuersnot" von G. Sperlings „Lulu" geschlagen wurde. Der Toto zahlte für dieses im Endkampf prächtige Rennen 48:10. Eine gleiche Ueberraschung brachte das Saale Jagdrennen. Hier kam „Nova", die ihren Anhängern fünffaches Geld einbrachte, zu einem schönen Erfolg.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich naturgemäß auf den Preis von Halle. Dieses mit 30 000 Mk. dotierte und über eine Strecke von 5000 Meter führende Rennen, bei dem sämtliche Hindernisse gesprungen werden mußten, wurde von „Jasjolda", von Frhr. von Borchem meisterhaft gesteuert, gegen den vielgewetteten „Czernowitz" gewonnen.

Das fünfte Rennen brachte mit 86:10 ebenfalls eine lohnende Quote. Und schließlich die Hauptüberraschung des Tages: „Maison rouge" schlägt nach glänzendem Finish „Wardar" und „Minnegart" für 12fachen Geld.

Vor allem muß lobend anerkannt werden, daß diesmal in bezug mit Bekanntgabe der Starter und Abfertigung des wettenden Publikums alles tadellos klappte. Leider ereigneten sich auch einige Stürze, doch kamen die Reiter glücklicherweise glimpflich davon, während ein Pferd „Graziosa" erschossen werden mußte. Ein schwerer Verlust für den Stall. Nachstehend die Resultate:

1. Heide-Rennen. 2400 Meter. 15 000 Mk. 1. Lulu (Krüger) 2. Feuersnot (Dierig), 3. Titus (Bef.). Tot.: Sieg 44. Platz 15. 13:10. Ferner liefen Skalde, Tartarin von Tarascon, Segantini.

2. Wittekind-Hürdenrennen. 2800 Meter. 18 000 Mk. 1. Landvogt (Wegener), 2. Wilna (Sommaßch), 3. Ludomika (Saager). To.: Sieg 22, Platz 18, 27:10. Ferner liefen: Rosenrot (gef.), Sauerkiek (gef.), Friedensziel.

3. Saale-Jagdrennen. 3200 Meter. 18 000 Mark. 1. Nova (Scholz), 2. Furchtlos (Thalecke), 3. Schipper (Dyhr). Tot.: Sieg 52, Platz 19, 51, 17:10. Ferner liefen: Demetrius, Narwal, Fanal, Liese, Bora, Grübchen.

4. Preis von Halle. 5000 Meter. 30 000 Mark. 1. Jasjolda (Frhr. v. Berchem), 2. Donnerkeil (v. Hilsendorf), 3. Samum (Junck). Tot.: Sieg 32, Platz 20, 35, 22:10. Ferner liefen: Held, Graziosa (gef.), Königstein, Czernowitz.

5. Halloren-Rennen. 1400 Meter. 18 000 Mark. 1. Pension (Huguenin), 2. Falkenhahn (Hellebrandt), 3. Symbol (Lewikki). Tot.: Sieg 86, Platz 31, 28, 37:10. Ferner liefen: Federnelke, Fritzi, Ellenburg, Saufewind, Pulwa, Narr, Monarchist.

6. Salzgrafen-Rennen. 3500 Meter. 15 000 Mark. 1. Brillanella (Krüger), 2. Das Pupperchen (v. Westernhagen). Tot.: Sieg 17, Platz 10, 10:10. Ferner liefen: Bernstein, Catilina (gef.).

7. Preis von Giebichenstein. 4000 Meter. 23 000 Mark. 1. Maison rouge (Thalheim) 2. Wardar (Dyhr) 3. Minnegart (Stielau). Tot.: Sieg 122, Platz 21, 27, 12:10. Ferner liefen: Sankt Martin, Slota-Lipa, Biedermann II, Lomscha.

Beamtenversammlung.

Am Sonnabend referierte in einer von der S. P. D. einberufenen Beamten-Versammlung in den Weißbierhallen Genosse Gronefeld über das Thema „Deutschlands wirtschaftliche Lage und die Beamtenschaft. Der Referent führte u. a. aus, daß die Mehrzahl der Beamtenschaft ihre Stellung im neuen Staat noch nicht erkannt hätte. Im alten Obrigkeitsstaat sei sie als Knecht behandelt worden. Jetzt dagegen könne sie sich frei betätigen und ihre Leistungen kämen dem ganzen Volke zugute. Bedauerlich ist es, daß das von dem großen Teil der Beamtenschaft noch nicht erkannt wird. Darum auch die Zerrissenheit in den gewerkschaftlichen Organisationen, was sich gerade in den letzten Tagen bei Beratung der Besoldungsordnung gezeigt hat. Das sehr interessante Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine lebhafte Aussprache. In seinem Schlußwort ermahnte der Referent nochmals zur Einigkeit und sich nicht allein gewerkschaftlich sondern auch politisch zu organisieren und auch dort wo die Interessen der Beamten wirksam vertreten werden. Das ist einzig und allein die Alte Sozialdemokratische Partei. Bei dem interessanten Vortrag hätte die Versammlung besser besucht sein müssen. Beamter wach auf und tritt dem Verbandsschuß der sozialdemokratischen Beamten bei. Nächste Sitzung Donnerstag 8 Uhr in Wisdorfs Konzerthaus, Karlstraße. Dr.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen im Saale der Weißbierhallen, Merseburger Straße, Ecke Wüllweg, in folgender Weise statt: a) für Militärrenten: am 29. September für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 15 000, am 30. September für die Inhaber der Stammkarten Nr 15 001 bis Schluß; b) für Invaliden- und Unfallrenten: am 1. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 3800, am 2. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Für diejenigen Empfänger von Militärgebührnissen, welche die Zustellung ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 29. und 30. September.

Der Fernsprechbeitrag von 1000 Mark. Wer Weiterungen vermeiden will, die unter Umständen zur Sperrung und Aufhebung des Fernsprechanschlusses führen können, muß den fälligen einmaligen Fernsprechbeitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und 2000 Mark für jeden Nebenanschluß so zeitig durch Zahlkarte oder Postüberweisung dem Postscheckkonto des zuständigen Fernsprechvermittlungsamtes zuführen oder die Deutsche Volksversicherung so zeitig mit der Zahlung beauftragen, daß der Beitrag noch vor dem 1. Oktober dem Vermittlungsamt gutgeschrieben ist. Für Beiträge, die erst am 1. Oktober eingehen, zahlt die Post die Zinsen erst vom 1. November. Die Antragsvordrucke für die Kreditierung durch die Deutsche Volksversicherung sind bei den zuständigen Fernsprechvermittlungsämtern zu haben und ausgefüllt an diese Aemter zurückzusenden, nicht an die Deutsche Volksversicherung. Das zuständige Vermittlungsamt ist aus der jedem Teilnehmer zugegangenen Zahlungsaufforderung der Post oder auch aus dem Teilnehmerverzeichnis zu ersehen.

Stadttheater.

Heute, Montag, abends 7½ Uhr, gelangt die Operette „Hoheit tanzt Walzer" zur Aufführung. Dienstag „Und das Licht scheint in der Finsternis", Mittwoch „Fra Diavolo", Donnerstag „Dr. Klaus", Freitag Ehrenabend für Dora Dedicke, anläßlich ihres 25jährigen Bühnenjubiläums „Der Biberpelz". Sonnabend nachmittag Schülervorstellung bei kleinen Preisen „Die Braut von Messina", Sonnabend abend Schillings-Konzert, Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Heimat", Sonntag abend „Tannhäuser".

Den Freunden der hallischen Kammermusik zur Nachricht, daß der II. Kammermusik-Abend (Wiener Meister) des „Halleschen Streichquartetts" Donnerstag, den 30. September, abends 8 Uhr in der „Loge zu den 5 Türmen" stattfindet mit Mozart, kl. Nachtmusik (Köchel 525) und Adagio und Fuge in C-Moll (Köchel 546) und dem wundersamen A-Moll-Quartett von Schubert. Neben Einzelkarten sind auch noch Dauerkarten zu haben. Wer auf zwei Stündlein Freude und Schönheit haben will, komme mit Freunden und Gleichgesinnten zur II. Kammermusik!

U.-T.-Lichtspiele Leipziger Straße. In die prächtige Welt der Hochalpen führt uns der Film Föhn. Es sind gute Naturaufnahmen die der Zuschauer zu sehen bekommt. Eine leidenschaft-

Werbt neue Leser für Euer Blatt.

Der 1. Oktober ist der Tag, an dem man seine Verpflichtungen einlösen muß. Diese Vorschrift, die für alle Menschen gilt, gilt noch mehr für unsere Parteigenossen. Bis zum 1. Oktober müssen auch die Parteigenossen den Verpflichtungen ihrer Organisation gegenüber nachkommen. Bis zum 1. Oktober gelten die 30-Pfennig-Wochenbeiträge, nach demselben tritt die Erhöhung auf 50 Pfennige in Kraft. Darum begleicht Eure Beiträge.

Aber die Zeit verpflichtet zu mehr. Die U. S. P. ist durch ihren inneren Streit noch mehr als durch ihre alles negierende Taktik als Machtfaktor im Kampf gegen die Reaktion ausgefallen. Desto mehr ist es unsere Pflicht auf dem Posten zu sein. Darum

werbt neue Mitglieder für die Parteiorganisation.

Die vergangenen Wahlen haben bewiesen, daß wir trotz allen Widerwärtigkeiten die stärkste Partei in Deutschland geblieben sind. Die kommenden Wahlen müssen der Welt zeigen, daß wir wieder im Vorwärtsschreiten sind. Darum agitiert und werbt.

Wir allein sind die wahren Pioniere des Sozialismus.

Aber eines der wichtigsten Organe für unseren Kampf ist die Presse. Sie ist nicht allein da, uns selbst zu festigen und zu stärken in unserer Ueberzeugung, unsere manchmal einander widersprechenden Ansichten zu klären, sondern sie ist vor allem dazu da, unsere Ansichten in immer weitere Kreise zu tragen. Sie ist dazu da, öffentlich den Kampf mit den reaktionären Gewalten aufzunehmen.

Darum werbt neue Leser für Euer Blatt.

Die Volksstimme

darf in keinem Orte des Bezirks mehr fehlen. Ueberall muß sie zu finden sein.

Wer auf dem Lande lebt und während des Sommers durch seine Arbeit abgehalten wurde, sich viel um die Zeitung zu kümmern, der sollte es jetzt nachholen. Der Verlag hat sich Mühe gegeben, die Zeitung so billig wie möglich zu liefern, und das wird auch in der Zukunft sein Bestreben sein. Doch der immer bessere Ausbau der Zeitung machte eine kleine Steigerung des Bezugspreises doch zur Notwendigkeit. So wird die „Volksstimme" vom 1. Oktober an 5,50 Mark kosten, da von diesem Zeitpunkte in jeder Woche eine illustrierte Beilage mitgeliefert wird. Es ist dieselbe, die am letzten Sonnabend der Landauflage und am vorhergehenden der Stadtauflage beigelegen hat, mit dem Titel: „Volk und Zeit".

An allem merkt man, unsere Partei ist im langsamen, stetigen Vorwärtsdringen. Je mehr Leser aber die „Volksstimme" hat, desto schneller ist das Vorwärtsdringen möglich. Wenn Ihr wollt, wenn Ihr agitiert, so können zum 1. Oktober

tausende von neuen Lesern gewonnen werden. Darum, an die Arbeit.

Die „Volksstimme" kostet ab 1. Oktober bei freier Zustellung ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" zum monatlichen Bezugspreise von **Mk. 5,50** durch Austräger, **Mk. 5,—** durch die Post und 30 Pfg. Bestellgeld.

Wer die „Volksstimme" zum 1. Oktober bestellen oder ihr einen neuen Leser werben kann, fülle den folgenden Zettel aus und übermittele ihn dem Verlag in Halle, Gr. Ulrichstraße 27:

Ich abonniere ab 1. Oktober die „Volksstimme" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" zum monatlichen Bezugspreise von
Mk. 5,50 durch Austräger,
Mk. 5,— durch die Post und 30 Pfg. Bestellgeld.

Name .....

Wohnung .....

..... Straße Nr. .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0005

lich bewegte Handlung begleitet sie. Die darin vorherrschende Glut mutet unter dem Schnee und Eis der Umgebung ziemlich fremdartig an. Wirklich vorzüglich ist die Ossi Oswalda in der Groteske „Das Valutamädel". Das, was man sonst bei den Filmstücken am meisten vermißt, eine Handlung, die an die Wirklichkeit anknüpft, findet man zu großer Freude in diesem Falle vor. Die Karrikaturen sind ausgezeichnet und so erweckt das Stück Stürme der Heiterkeit. Sogar mit der Reklame für „Kupferberg-Gold" kann man sich schmunzelnd abfinden, wenn man sich nach dem vielgerühmten Getränk auch umsonst die Lippen leckt.

Provinz und Umgegend.

An die Stadtverordneten und Gemeindevertreter

der alten sozialdemokratischen Partei im Regierungs-Bezirk Merseburg.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Halle, Karlstr. 14 **Gemeindevertreterkonferenz.**

Tagesordnung: Wie wird praktische Arbeit in den Gemeindeparlamenten geleistet? Referenten die Genossen Ad. Thiele und A. Müller.

Um eine zweckdienliche Beratung zu ermöglichen, tagen die Gemeindevertreter parterre, im Saale, die Stadtverordneten 1 Treppe im großen Vereinszimmer.

Wir ersuchen die Ortsvereine zu dieser Konferenz mindestens je einen Vertreter zu entsenden. Finanzschwache Ortsvereine erhalten Zuschuß von der Bezirkskasse.

Gleiche Konferenzen, wie diese, finden an späteren Sonntagen auch noch für die Unterbezirke (Kreise) statt. An diesen späteren Konferenzen können sich dann sämtliche Gemeindevertreter beteiligen, da dann die Kosten und die Zeitversäumnisse geringer sind. Einladungen zu diesen späteren Konferenzen erfolgen von den Unterbezirksleitungen.

Der Bezirksvorstand. R. Drescher.

Einführung anderer Brotmarken im Saalkreise.

Wie uns mitgeteilt wird, werden voraussichtlich am 1. Okt. andere Brotmarken im Saalkreise eingeführt werden. Das soll geschehen, weil nach einem Schreiben des Preußischen Landesgetreideamts voraussichtlich vom 16. 10. 1920 ab der Ausmahlungssatz für Roggen und Weizen auf 85 Prozent und für Gerste auf 75 Prozent herabgesetzt wird und angenommen werden muß, daß die Brotmarken aus diesem Grunde zurückgehalten werden. Alle bisherigen Brotmarken des Saalkreises verlieren nach Einführung der neuen ihre Gültigkeit.

Merseburg. „Und die Gegner schweigen". Unsere Partei hatte am 22. d. M. in Merseburg eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Der große Saal des Kasino war voll besetzt. Gen. Oberbürgermeister Beims sprach über „Europas Rettung oder Untergang". In 1½stündigen Ausführungen erörterte er unsere Lage infolge des Krieges und die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei. Unter lebhafter Zustimmung führte er aus, daß das Ergebnis des Weltkrieges noch nicht abgeschlossen ist und wir uns mitten in dem Strudel der Auswirkungen desselben befinden. Die Produktion der ganzen Welt ist durch den Weltkrieg erschüttert und gelähmt, die Finanzen der ganzen Welt, besonders Europas sind total ruiniert. Ost- und Mitteleuropa hat eine Veränderung der Staatsformen zur Folge gehabt. Das Kernstück Mitteleuropas ist Deutschland. Es hat die stärkste industrielle Bevölkerung, die fähigste Arbeiterschaft und Techniker. Man müßte annehmen, daß ein Land mit derartiger Qualitätsbevölkerung bald wieder hoch kommen würde. Die vorhandenen Hindernisse jedoch, die Umstellung der Kriegswirtschaft, der Staatsverwaltung, die trostlose Finanzlage machen es unmöglich. Die Folgen hiervon sind die kranke erschütterte Wirtschaftslage und die Zustände in ganz Mitteleuropa. Am härtesten treffen diese Zustände die Arbeiterschaft durch Besitzlosigkeit und Abhänglichkeit vom Produktionsprozeß. Die Folge ist die heftige Erregung in der Arbeiterschaft, welche sich natürlicher- und erfreulicherweise in dem jetzigen Entwicklungsstadium nicht passiv verhält. Die Gemeinschaft der Produktion und Beseitigung der Klassengegensätze kann aber nur herbeigeführt werden, wenn ein großer Teil des Volkes infolge geistiger Reife freiwillig es fordert. Zwangsmittel müssen diese Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiterklasse auf Jahre hinaus illusorisch machen. Die kapitalistische Aufteilung des Großbesitzes in Kleinbesitz, wie es die Kommunisten und ein Teil der U. S. P. herbeiführen wollen, hat mit Sozialisierung nichts gemein. Der Krieg hatte die Produktion ihrem Zwecke entfremdet, die Folge ist der heute vorhandene Warenhunger, der nur durch gesteigerte Produktion, aber nicht durch Schlagworte beseitigt werden kann. Dazu gehören Jahre und müssen wir zuerst von Wucher, Lüge und Schwindel gesunden, welche stets eine Folge der Kriege und den Zeiten der Not waren. Am schwersten zu überwinden sind die Lasten des Friedensvertrages von Versailles. Er ist Clemenceaus Werk und Frankreichs Ziel, den jahrhundertelangen Gegner, der ihnen in jeder Beziehung überlegen ist, den Garaus zu machen. Es wird Frankreich nicht gelingen, aber klar ist, daß unter diesen Verhältnissen die Hoffnung auf die Weltrevolutionen, welche U. S. P. und Kommunisten haben, einen kindlichen Glauben erfordert. Infolge des Krieges wird die Arbeiterschaft aller Länder größere Rechte bekommen und sich in sozialer Beziehung durchsetzen. Diese natürliche Entwicklung, welche sich heute vollzieht, wäre zum Wohle der Arbeiterschaft und würde zum Aufbau Deutschlands beitragen. Jedoch sehen wir uns die tragische Zersplitterung in der Arbeiterschaft infolge der sinnlosen Hetzarbeit an. Wir Sozialdemokraten haben uns nach Marx und Engel an die gesetzmäßige und geschichtliche Entwicklung der Umstellung der Produktion gehalten und uns keiner Illusionspolitik hingegeben und wir werden weiter so handeln. Wir haben eine kapitalistische Weltwirtschaft und ohne Welthandel kann Deutschland nicht bestehen. Der Friedensvertrag muß durch zähe politische Arbeit zermürbt und abgeschwächt werden, dazu brauchen wir die Arbeiter. Dernburg hat kürzlich erklärt, daß eine erfolgreiche Außenpolitik ohne die Sozialdemokraten in der Regierung nicht möglich und Tatsache ist, daß die Fachminister in der jetzigen Regierung nicht mehr leisten konnten als die sozialistischen Minister; dies gibt zu denken. Die Valuta ist unter der jetzigen Regierung nicht gestiegen. Deutschland erscheint jetzt als eine Heilanstalt für poltisch Verrückte unter denen die Herren von rechts ganz unheilbar sind. Die jetzigen Ernährungsschwierigkeiten führen zu unhaltbaren Zuständen, wenn man die glänzende Ernte dagegen nimmt, kann man so recht die Ohnmacht der jetzigen Regierung erkennen. Genosse Beims beendete sein Referat mit der Feststellung, daß die soziale Demokratie eine organisatorische Kraft ist, welche nicht beseitigt werden kann und sich durchsetzen wird und nur auf diesem Wege wird es möglich sein, uns von den Fesseln des Kapitals und Friedensvertrages zu befreien. Mit der Aufforderung die sozialdemokratischen Bestrebungen zum Wohle der Menschheit und zur Gesundung unserer Wirtschaft zu unterstützen, schloß er unter sehr starkem Beifall der Zuhörer. Zur Diskussion meldete sich kein Gegner, so daß der Versammlungsleiter mit der Aufforderung zum Beitritt in die S. P. D. die Versammlung schließen konnte.

Eisleben. Der Wiesenmarkt, für die Mansfelder als das sogenannte allgemeine Volksfest anzusprechen, nahm bei verhältnismäßig günstigem Wetter einen guten Verlauf. Der Besuch war derartig stark, daß an vielen Stellen ein beängstigendes Gedränge herrschte. Der eigentliche Viehmarkt war schwach besucht und beschränkte sich wegen der herrschenden Seuche auf den Pferdemarkt. Beschickt mit Vergnügungsunternehmungen à la Lunapark war der Markt außerordentlich. Der Betrieb an diesen Stätten war ein außergewöhnlich lebhafter. Der Verkehr auf dem Bahnhof war ein ganz außergewöhnlicher. An die Beamten wurden große Anforderungen gestellt. Bis Sonnabend waren 144 Eisenbahnwagen mit sogen. Künstlergut eingegangen. Bezüglich des Personenverkehrs ist zu melden, daß am Sonntag 6500 und am Montag 10 600 Fahrkarten abgenommen wurden. Außer den bereits mitgeteilten Sonderzügen mußten noch zwei Personenzüge abgelassen werden. Der Andrang zu den einzelnen Zügen war gewaltig, namentlich am Montag abend, da um diese Zeit leichter Regen einsetzte. Der Weitertransport der Künstlerwagen erfolgt in zwei Gruppen von je rund 70 Wagen, und zwar zu Märkten in Quedlinburg, Salzwedel und Halberstadt. Die elektrische Kleinbahn hatte auch diesmal an den beiden Wiesenmarkts-Haupttagen eine gewaltige Aufgabe zu überwinden, die von ihr wieder bestens gelöst wurde. Wie wir erfahren, wurden am Sonntag 12 302 Personen, am Montag 21 347 und am Dienstag 5620, im Ganzen also 39 269 Personen auf der Elektrischen befördert.

Kelbra. Stadtverordnetensitzung. In der am Donnerstag abend stattgefundenen öffentlichen Stadtverordnetensitzung wurde zunächst die Pachtzession des Maurers Friedrich Apel genehmigt. Es handelt sich um ein Stückchen Land, im Spietzen Riet. An Stelle des Herrn Apel tritt der Knopfmacher Johannes Erdmann in das Pachtverhältnis ein. Eine lange Debatte entstand über den Punkt der Tagesordnung: Durchführung des Gesetzes betreffs Regelung verschiedener Punkte im Gemeindebeamtenrecht. Die städtischen Beamten hatten ein Gesuch eingereicht, wonach eine Verschiebung in verschiedenen Gehaltsklassen gewünscht wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Gleichstellung des Flurhüters mit den Polizeisergeanten gefordert. Die Gehaltsregelung zwischen den beiden Beamten wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Vorschläge, wie sie der Magistrat und die Finanzdeputation zur Gehaltsregelung unterbreitet hat, werden angenommen. Punkt 3 der Tagesordnung: Festsetzung von Mietsbeträgen, wurde bis in eine der nächsten Sitzungen vertagt. Zuletzt wurden noch einige kleine Anfragen erledigt und dann die Sitzung, welcher wieder eine Anzahl Bürger als Zuhörer beiwohnten, geschlossen.

Straßberg. Oeffentliche Volksversammlung der S. P. D. Freitag, den 24. September sprach in Straßberg (Harz) in einer öffentlichen Volksversammlung der Gen. Parteisekretär Flücht-Halle über das Thema „Ist der wirtschaftliche Zusammenbruch zu verhüten". In ausführlicher Weise schilderte er die Wirtschaftskrise, welche durch den 4½jährigen unseligen Krieg nicht allein über Deutschland sondern über ganz Europa gekommen ist. Er zeigte der gespannt aufhorchenden Zuhörerschaft den Weg, den die gesamte Kopf- und Handarbeiterschaft zu gehen hat, um aus dem jetzigen Dilema herauszukommen. Keine Zwangswirtschaft, aber vor allem auch keine freie Wirtschaft sondern einzig und allein die Planwirtschaft, so wie sie der frühere Reichswirtschaftsminister Genosse Wissell propagiert hat. Durch den planlosen Kauf im Auslande, der durch die freie Wirtschaft immer stärker wird, kann unsere Valuta unmöglich stabilisiert werden. Heute noch sinkt sie von Tag zu Tag. Das die heutige Regierung die Anfänge, die von der Planwirtschaft gelegt waren, sabotiert und das durch die freie Wirtschaft das arbeitende Volk am meisten betroffen wird, haben wir zum großen Teil der Uneinigkeit des Proletariats zu verdanken. Durch die Abstimmungspolitik, die die unabhängige Sozialdemokratie nach den Wahlen bei der Bildung des Kabinetts getrieben hat, war es möglich, daß eine rein bürgerliche Regierung über die Geschicke Deutschlands bestimmt. Sie ging mit den Großagrariern und den Kapitalisten komform, wodurch das heutige Elend entstand, welches uns besonders das jetzige Elend der Fleisch- und Kartoffelwirtschaft zeigt, was hier noch alles zu erwarten ist. Genosse Flücht gab ferner ein Bild über die Zersetzung innerhalb unser Linkssozialisten, die denkende Arbeiterschaft kann sich unmöglich mit den Zielen der U. S. P., die von Rußland vorgeschrieben werden, einverstanden erklären. Und heute stehen schon ehemalige bewährte Führer der Unabhängigen wieder bei der alten Partei. Deutschland kann nämlich durch keine Diktatur sondern nur durch die Demokratie für uns gewonnen werden. Die Eroberung der politischen Macht kann nur auf dem Boden der Alten Sozialdemokratischen Partei, durch die Demokratie und durch den Sozialismus geschehen. Gen. Stolle-Harzgerode vertrat in der Diskussion voll und ganz die Ansicht des Referenten. Nur durch eine Planwirtschaft und nicht durch eine planlose Wirtschaft, wie sie die heutige Regierung betreibt, können wir zum Wohlstand und zum Aufbau Deutschlands kommen. Er schilderte noch kurz die örtlichen Verhältnisse und schloß mit den Worten, daß der Wahlverein zum Wohle der gesamten Einwohner sich besser organisiere und tatkräftiger werde. In dem weiteren Verlauf der Diskussion kam von den Genossen in Straßberg zum Ausdruck, daß sie erkannt hätten, daß nur die Alte Sozialdemokratische Partei auf dem richtigen Wege wäre, um der werktätigen Bevölkerung Deutschlands am besten zu dienen, denn der Kapitalismus müßte so schnell wie möglich durch den Sozialismus abgelöst werden. Einige Genossen erklärten sich freiwillig bereit, dafur einzutreten, daß der Parteiverein stärker werde, um dadurch mit Energie die Geschicke Straßbergs in die Hand nehmen zu können.

Torgau. Stadtverordnetensitzung. Die am Donnerstag, den 24. d. M. stattgefundene Sitzung hatte 46 Punkte auf der Tagesordnung. An Stelle des ausgetretenen Herrn Hanka wird Herr Dittmar U. S. P. eingeführt und verpflichtet. Es sollen weiter Notstandsarbeiten ausgeführt werden, doch will man darauf achten, daß für den gezahlten Lohn auch etwas geleistet wird. Für die Reinigung der Sinkschächte im Lazarett durch städtische Arbeiter sollen 400 Mark vom Fiskus gezahlt werden. Für bauliche Ausführungen in der Küsterwohnung der Mariengemeinde hat die Stadt als Patronatsdrittel 500 Mark zu zahlen. Die Bürgermeisterwohnung muß neu renoviert werden, die Kosten werden 8000 Mark ohne Fußbodenanstrich betragen. Da für den neueingerichteten Stadtverordnetensaal keine Klosettanlage vorhanden ist, soll diese angelegt werden, die Kosten werden auf 1500 Mark geschätzt. Für Reparaturen im großen Schulgebäude ist der Etat um 260 Mark überschritten, diese werden nachbewilligt und der Etat um 1000 Mark erhöht. Im vierten neuen Hause in der Schlachthofstraße sollen mit Pappdachausführung fünf Wohnungen geschaffen werden. Das Pappdach soll 37 000 Mark kosten, während Ziegeldach 38 000 Mark kostet. Stv. Gen. Schröder empfiehlt Ziegeldach, da dadurch im Giebel noch eine sechste Wohnung geschaffen wird. Die Kosten werden 15 000 Mk. betragen, dem wird zugestimmt. Ueber ausgeführte Kanallegungen wird Kenntnis genommen. Vom 1. Juli ab soll der Wasserzins von 50 Pfg. pro Kbm. auf 85 Pfg. erhöht werden. Stv. Martin erklärt das 200 000 Kubikmeter Wasser nicht bezahlt würden, der Militärfiskus sollte auch mehr zu den Kosten herangezogen werden, während Stv. Giesel diese Erhöhung den Mietern aufbürden will. Stv. Gen. Pfitzner erklärt, daß bei Zulassung der 20 Prozent Mietserhöhung ausdrücklich gesagt worden ist, daß alle Nebenkosten eingerechnet sind. Das Kulturamt wird am 1. Oktober übernommen und soll am Dienstag besichtigt werden. Vom Fiskus will die Stadt Wallgrabengelände zu Schrebergärten pachten und pro Quadratmeter 5 Pfg. zahlen, der Fiskus verlangt 15 Pfg., man ist einig geworden 16 000 Quadratmeter à 5 Pfg. zu pachten. 150 Schrebergärten werden verlangt, für 60 Gärten ist nur Gelände vorhanden, weswegen noch weiteres Gelände zu Schrebergärten vom Magistrat gefordert wird. Gen. Pfitzner beantragt, die Spielplätze in dem Schrebergärtengelände zu Gärten zu machen, dem wird zugestimmt. In der Fortbildungsschule sollen neue Fenster durchgebrochen werden, die Kosten, 3000 Mk., werden bewilligt. Die Milchfrachtkosten des Herrn Mieser von Zschackau nach Torgau werden, da noch Verhandlungen schweben, vorläufig bewilligt. Die Sanitätsräte Dr. Keil und Krause waren als Armenärzte tätig. Da Dr. Krause verstorben ist, so wird das gesamte Honorar dem Dr. Keil bewilligt. Den Pächtern der Eisnutzung wird die Pachtzeit auf sechs Jahre verlängert. Für eine Kur, welche 980 Mark kostet, werden einem Arbeiter P. 500 Mk. vom Kreis bewilligt während die Stadt den Rest 480 Mk. bezahlt. Zum großen Exerzierplatz hat der Militärfiskus 70 Morgen Land zum Preise von 671 Mk. von der Stadt gepachtet, die Pachtzeit geht bis 1928. Beschlossen wird, der Magistrat soll den Fiskus ersuchen, entweder den Preis zu erhöhen oder die Pachtzeit verkürzen, um das Gelände wieder nutzbar zu machen. Kenntnis genommen wird, daß die Oberlehrer jetzt Studienräte heißen. Für Anschaffung von Büchern für die Volkshochschule werden 1000 Mk. bewilligt. Die Bücher verbleiben der Stadt. Der Besitzer des ehemaligen Vergnügungslokals Königsbad, Herr Konrad, hat der Stadt das Besitztum für 138 000 Mk. angeboten. Vom Bauausschuß wurden 120 000 Mk. dafür geboten, während der Magistrat 131 000 Mk. zahlen will. Gen. Schröder empfiehlt den Ankauf, da durch den Ankauf bis zum 1. April 1921 sechs Wohnungen geschaffen werden können, auch durch die Zuschüttung des Grabens Notstandsarbeiten geschaffen werden. Auch habe die Stadt den Vorteil, daß hier sechs Wohnungen, welche für Umbauten 125 000 Mk. Kosten beanspruchten, also zusammen 260 000 Mk., noch das Gartengelände von 15 000 Quadratmeter zu bekäme, während in der Schlachthofstraße sechs Wohnungen 300 000 Mk. kosteten und kein Gelände dabei sei. Durch die Zuschüttung des Grabens und Tieferlegung des Gartens würden acht Baustellen geschaffen. Auch könnte die Straße, welche um das Königsbad führt, durchgelegt werden. Der Ankauf wird, nachdem sich noch mehr Redner dafür ausgesprochen haben, beschlossen. Der Gemeinnützige Bauverein ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Vom Staat sind diesem Verein 72 000 Mk. Bauzuschüsse gezahlt worden, von der Stadt 24 000 Mk. Gefordert werden nochmals dieselben Summen. Da diese Angelegenheit nicht genügend geklärt ist, soll der Magistrat Klärung schaffen. Zum Vorsitzenden des Kleingartenamtes ist Stadtrat Becker ernannt, als Beirat Obersekretär Keil, die übrigen Mitglieder bilden der Landwirtschaftsausschuß. Der Brückenkopf und das Artillerie-Nebendepot sollen zu Einrichtung von Wohnungen angekauft werden. Vom Wehrkreiskommando wird mitgeteilt, daß diese Gebäude noch für Unterbringung von Heeresgerät benötigt werden und erst am 1. 1. 1925 freigegeben werden können. Für die Benutzung des kleinen Exerzierplatzes zu Sportzwecken wird eine Anerkennungsgebühr von 3 Mk. jährlich gezahlt. Die Wohnungsanleihe wird von 700 000 auf 1 400 000 Mk. erhöht, also verdoppelt. Bei der Neuverpachtung von städtischen Plänen wurde eine höhere Pacht durch Parzellierung erzielt, so brachte ein Plan bisher 360 Mark, jetzt 790 Mark und von 260 Mark jetzt 1100 Mark und von 96 Mark auf 425 Mark. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Sitzung abgebrochen und auf Donnerstag, den 30. d. M. vertagt.

Sport und Körperpflege.

An sämtliche Arbeiter-Sportvereine und -Kartelle im Regierungsbezirk Merseburg.

Das Arbeiter-Sportkartell Halle hat beschlossen, in der ersten Woche im November eine Konferenz über die Gründung von Orts- und Bezirks-Sportskartelle in Halle im Volkspark abzuhalten. Da das hiesige Arbeiter-Sportkartell auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen gemacht hat, und Referenten zur Verfügung stehen, hat es geglaubt, diese Anregung geben zu müssen. Es wird ersucht, daß sämtliche Sportvereine Delegierte nach hier entsenden, damit es auch auf sportlichem Gebiet im Bezirk vorwärts geht. Tagesordnung wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben. Sämtliche Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden des Arbeiter-Sportkartells Halle, Ernst Geißler, Halle (Saale), Huttenstraße 2a, zu richten.

Sport und Lunge.

Die Arbeit der Lungen, die Atmung, besteht darin, dem Körper den zum Lebensprozeß notwendigen Sauerstoff aus der Luft zuzuführen und aus dem Körper die beim Lebensprozeß entstehenden Abbauprodukte, besonders die Kohlensäure, zu entfernen. Der Körper braucht um so mehr Sauerstoff bezw. in ihm bildet sich um so mehr Kohlensäure, je mehr Arbeit er leistet, insbesondere je größere Muskelkraft er verrichtet. Rein automatisch entspricht die Lungentätigkeit den gesteigerten Aufwendungen schon dadurch, daß die entstehende Kohlensäure auf das die Atmungstätigkeit regulierende Atemzentrum einen Reiz ausübt, der sofort eine Vertiefung der Atemzüge und eine Zunahme ihrer Zahl zur Folge hat. Die hygienische Bedeutung der Muskeltätigkeit besteht aber vor allem darin, daß bei den sportlichen Uebungen und in erster Linie bei den Schnelligkeitsübungen alle Abschnitte der Lungen am Gaswechsel beteiligt und gut durchblutet werden. Bei Muskelruhe oder geringer körperlicher Anstrengung wird nur ein Sechstel bis ein Siebentel der Atemfläche der Lungen gebraucht, ganze Lungenabschnitte, vor allem die Lungenspitzen, werden kaum zur Atemtätigkeit herangezogen. Daher kommt es auch, daß gerade in diesen Lungenpartien sich Krankheitskeime, besonders die Erreger der Tuberkulose, festsetzen können. Die gute Durchblutung der Gesamtlunge stellt in gewissem Sinne eine Reinigung der Lunge dar und wirkt infolgedessen krankheitshemmend.

In weiterer Folge wirkt aber der Sport direkt fördernd auf die Atmung ein, indem die Muskeln, die bei der Atemtätigkeit besonders gebraucht werden, eine Stärkung und Kräftigung erfahren; in erster Linie das Zwerchfell, der Hauptatemmuskel, und die Muskeln, die eine Hebung und Erweiterung des Brustkorbes bei der Einatmung bezw. das Senken und Verengern des Brustkorbes bei der Ausatmung herbeiführen. Je kräftiger diese Muskulatur sich entwickelt, desto besser kann der Brustkorb gehoben und entfaltet werden und desto atemkräftiger ist er. Für diese Stärkung der Atmung eignen sich vornehmlich die Dauerübungen und die „Atemgymnastik", die Rumpf- und Armbewegungen zur Verbesserung der Erweiterung bezw. der Verengerung des Brustkorbes zu dem rhythmischen Tiefatmen heranziehen. Aus diesen kurzen Ausführungen geht bereits hervor, daß Schnelligkeits- und Dauerübungen die beste Lungenübung darstellen. Sie bergen aber auch gewisse Gefahren in sich.

Bei den Schnelligkeitsübungen kann die Atemtätigkeit angespannt werden bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, ja darüber hinaus bis zur Atemnot. Im Zustand der Atemnot sind die Lungen blutüberfüllt, im großen Kreislauf ist wenig Blut, die Lungen können sich nicht mehr erweitern, es tritt ein Gefühl der Beengung auf, wie wenn man ersticken müsse. Dies ist das Warnungszeichen: Bis hierher und nicht weiter. Wird jetzt die Uebung abgebrochen, so tritt die Erholung oft überraschend schnell ein, und in wenigen Minuten ist die alte Leistungsfähigkeit wieder hergestellt. Wird die Uebung nicht abgebrochen, so kann plötzliche Herzschwäche eintreten.

Bei den Dauerübungen liegt die Gefahr in dem sogen. Vorgang der Pressung. Um die starke Muskulatur der Schultern und Oberarme bis zu ihrem Höchstmaß auszunutzen, ist es nötig, den Brustkorb festzustellen; dazu muß die Atmung unterbrochen, der Atem angehalten werden. Die im Brustkorb eingeschlossene Luft wird unter stärksten Druck gesetzt, was wiederum auf die Herztätigkeit einen sehr ungünstigen Einfluß ausübt. Das Lungengewebe selbst wird über die Norm hinaus gedehnt und erleidet dabei einen Verlust an seiner Elastizität, so daß allmählich eine dauernd bleibende Lungenerweiterung (Emphysem) eintreten kann. Werden die aus diesen Gefahren sich ergebenden Vorsichtsmaßregeln aber beachtet, wird Sport getrieben um der Gesundheit und nicht um des Sportes willen, so stellt er die beste Kräftigung für die Lunge dar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200927-10/fragment/page=0006